

40. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Dezember 2006

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1684
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1684
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1684

Fragestunde

- 1. Höhergruppierung ohne Mitbestimmung - Neufassung**
Anfrage der Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 1. Dezember 2006 1685
- 2. Kosten der Unterkunft?**
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 17. November 2006 1688
- 3. Stand der Fortschreibung der Neustrukturierung der Gesundheit Nord?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 17. November 2006 1689
- 4. Kein Anspruch auf Schulwegbeförderung für die Kinder aus der Tobias-Schule**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. November 2006 1692
- 5. Gleisanschlüsse in der Überseestadt**
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2006 1694
- 6. Busparkplatz auf dem Gelände des alten Campingplatzes**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. November 2006 1695

7. Klinikum Bremen-Mitte	
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2006	1696
8. Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Partizipation und Schülervertretung	
Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. November 2006	1698
9. Umgestaltung der Schulhofflächen an der Gerhard-Rohlfs-Schule	
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2006	1699
10. Standortvorteil familienfreundlicher Einkauf	
Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Liess, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 1. Dezember 2006	1700
Aktuelle Stunde	1704

Unterrichtsversorgung an Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2005/2006

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 9. Oktober 2006 (Drucksache 16/613 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2006

(Drucksache 16/643 S)

Abg. Rohmeyer (CDU)	1704
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	1706
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1708
Abg. Rohmeyer (CDU)	1709
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	1710
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1711
Staatsrat Dr. Wewer	1712

Weiterentwicklung des Hilfesystems für psychisch kranke Menschen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2006 (Drucksache 16/619 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. November 2006

(Drucksache 16/633 S)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	1715
Abg. Brumma (SPD)	1717
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	1718
Senatorin Rosenkötter	1720

IT-Support an Schulen der Stadtgemeinde Bremen verbessern

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
 vom 21. November 2006
 (Drucksache 16/636 S)

Abg. Bensch (CDU)	1722
Abg. Frau Kauertz (SPD)	1722
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1723
Abstimmung	1724

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55

vom 5. Dezember 2006

(Drucksache /16/641 S)	1724
------------------------------	------

Bericht über Kostenentwicklung - Zentralküche im Klinikum Bremen-Mitte

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 12. Dezember 2006
 (Drucksache 16/642 S)

Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen)	1724
Abg. Brumma (SPD)	1726
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	1727
Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen)	1727
Abg. Brumma (SPD)	1727
Abstimmung	1728

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Eckhoff, Jägers, Frau Koestermann, Frau Krusche, Frau Peters-Rehwinkel, Frau Sauer, Frau Schmidtke, Strohmänn.

Vizepräsidentin Dr. Mathes	Präsident Weber	Schriftführerin Arnold-Cramer
Vizepräsident Ravens		Schriftführerin Bösch
		Schriftführer Herderhorst

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur **Kastendiek** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Dr. Weihrauch** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 40. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren aus der Begegnungsstätte der AWO Woltmershausen und dem Stiftungsdorf Rablinghausen. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Bericht über Kostenentwicklung - Zentralküche im Klinikum Bremen-Mitte, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2006, Drucksache 16/642 S.

Gemäß Paragraf 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann können wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/644 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Bedarfsorientierte Optimierung von Sportstätten
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 26. September 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 21. November 2006
(Drucksache 16/637 S)
2. Ausgrenzung von Kindern in Sonderklassen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 5. Dezember 2006
(Drucksache 16/640 S)
3. Schulen am Netz der BreKom - geht es nicht preiswerter?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 28. November 2006
(Drucksache 16/638 S)
4. Zertifizierungspflicht für selbständige Weiterbildungsanbieter
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2006
5. Lehrkräfte an Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006
6. Sanierung, Um-, Aus- und Neubauten von Schulgebäuden
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Schreiben von Herrn Dipl.-Ing. K. Reschke, Landschaftsarchitekt, zum Rhododendronpark und zum Botanischen Garten Bremen.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 3, Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bei der Feuerwehr Bremen, und des Tagesordnungspunktes 6, Schulversuch 6-jährige Grundschule, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einem Tagesordnungspunkt.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 10 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Höhergruppierung ohne Mitbestimmung - Neufassung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die im „Weser-Kurier“ am 14. November 2006 dargestellte „wundersame Beförderung“ einer Mitarbeiterin im Kulturressort?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Ansicht des Personalrates, dass bei dieser „wundersamen Beförderung“ im Kulturressort gegen das Personalvertretungsgesetz verstoßen wurde?

Drittens: Was gedenkt der Senat auf das Urteil der Fachkammer für das Personalvertretungsgesetz am Verwaltungsgericht auf die Klage des Personalrates, dass das Verfahren zur Beförderung und Entfristung im Kulturressort gegen das Personalvertretungsgesetz verstoßen hat, zu unternehmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Mitarbeiterin des Kulturressorts wurde am 16. August 2004 zunächst befristet für ein Jahr und mit Zustimmung der Personalvertretung eingestellt. Diese Befristung wurde dann um ein weiteres Jahr ebenfalls mit Zustimmung der Personalvertretung bis 15. August 2006 verlängert.

Das Kulturressort befand sich seinerzeit in einer sehr schwierigen Personalsituation, begründet

durch personelle Unterbesetzung und verbunden mit einer überdurchschnittlichen Häufung von Krankheitsfällen. Gleichzeitig herrschte extremer Arbeitsanfall. Dies alles führte zur faktisch unvermeidbaren Übernahme von zwingend wahrzunehmenden Aufgaben durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daraus hat eine Mitarbeiterin einklagbare Rechtsansprüche abgeleitet, und zwar sowohl einen Entfristungs- wie auch einen Höhergruppierungsanspruch. Daraufhin hat das Kulturressort den Arbeitsvertrag entfristet und die Mitarbeiterin entsprechend den von ihr wahrgenommenen Regelaufgaben eingruppiert. Dazu war das Kulturressort nach seiner Auffassung verpflichtet, da die Rechtslage nach Auffassung des Ressorts eindeutig war und Tariftreue gilt.

Zu Frage 2: Die Entfristung des Arbeitsvertrages und die Eingruppierung entsprechend den von der Mitarbeiterin wahrgenommenen Regelaufgaben wurden der Personalvertretung zur Kenntnis gegeben, da nach Auffassung des Kulturressorts eine Mitbestimmung im Sinne des Personalvertretungsgesetzes nicht mehr gegeben sein konnte. Es handelte sich bei den vom Kulturressort vollzogenen Maßnahmen ausschließlich um zwingende arbeitsrechtliche Folgen. Diese Maßnahmen des Kulturressorts wären auch zu vollziehen gewesen, wenn die Mitbestimmungsorgane dem Verfahren widersprochen hätten. Das Kulturressort hatte daher eine andere Rechtsauffassung, weil es keinen Ermessensspielraum für den Personalrat sah.

Der Personalrat vertritt demgegenüber die Auffassung, dass auch in Fällen zwingender Rechtsfolgengestaltung ein mitbestimmungspflichtiger Tatbestand vorliegt, und besteht deshalb auf einem förmlichen Mitbestimmungsverfahren. Das Verwaltungsgericht hat sich mit Beschluss vom 9.11.2006 der Auffassung des Personalrates angeschlossen. Der Senator für Kultur hat nach Würdigung des Beschlusses und der Begründung des Verwaltungsgerichtes seine Auffassung korrigiert.

Zu Frage 3: Das Mitbestimmungsverfahren wird daher eingeleitet werden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Senator, eine Nachfrage: Waren Sie bei dieser Stellenbesetzung mit einbezogen in den Prozess?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Noch einmal: Ob ich bei der Einstellung, bei der Eingruppierung persönlich beteiligt war?

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ob Sie bei der Stellenbesetzung in diesem Prozess persönlich mit einbezogen waren!

Senator Kastendiek: Die Übertragung der Regelaufgaben hat, so wie wir es der Deputation für Kultur auch berichtet haben, zum 1. Mai 2005 stattgefunden. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bin ich, glaube ich, am 23. oder 22. Mai 2005 hier von diesem Haus zum Senator für Kultur gewählt worden. Von daher ist, was die Übertragung der Regelaufgaben angeht, eine persönliche Einflussnahme auszuschließen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ist es richtig, Herr Senator, dass Sie entschieden haben, dass das Mitbestimmungsverfahren nicht nachgeholt werden soll und damit der Personalrat auf ein Klageverfahren verwiesen werden wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, haben die Staatsrätin und ich über diesen Fall gesprochen. Ich will nicht ausschließen, dass ich meine Zustimmung dazu gegeben habe, kann Ihnen dies jetzt aber nicht hundertprozentig belegen. Ich will mich hier aber auch nicht aus der Verantwortung stehlen, unabhängig davon, ob ich dem persönlich zugestimmt habe oder nicht. Ich trage die Verantwortung für das Ressort und somit auch Verantwortung für dieses Verfahren.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Eine letzte! Nach der Darstellung stellt sich für mich die Frage: Gibt es noch weitere Fälle dieser Art eines Personalfindungsverfahrens in Ihrem Ressort? Können Sie das bestätigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Nach meinem Kenntnisstand werden alle Verfahren, die mitbestimmungspflichtig sind, auch so entsprechend durchgeführt. Ich will deutlich machen, dass das, was wir dort an Einschätzungen vorgenommen haben, eine Fehleinschätzung war. Wir werden das natürlich auch zukünftig bei weiteren Entscheidungen ent-

sprechend berücksichtigen, weil wir auch aus Fehlern lernen wollen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Abg. Grotheer [SPD]: Hallo!)

Pardon! Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Grotheer! - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Senator, die Frage drängt sich mir gerade auf: Was geschieht denn, wenn das Verwaltungsgericht zu dem Ergebnis kommt, dass das stattgefunden Verfahren nicht in Ordnung gewesen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das Verwaltungsgericht ist zu dem Ergebnis gekommen. Von da aus erübrigt sich die Beantwortung Ihrer Frage. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir nach Auswertung der Begründung des Urteils das Mitbestimmungsverfahren einleiten werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Was steht denn materiell am Ende, wenn der Personalrat seine Zustimmung nicht erteilen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das ist eine spekulative Frage, auf die ich Ihnen jetzt keine Antwort geben kann, weil ich glaube, dass wir im Rahmen dieses Mitbestimmungsverfahrens eine gute Begründung geben werden, sodass ich optimistisch bin, dass das Verfahren positiv abgeschlossen wird. Wenn der Personalrat nicht zustimmen wird, wird es in die nächste Runde gehen. Dann wird es, wie solche Verfahren am Ende dann auch laufen, zu einer Einigungsstelle kommen.

(Abg. Grotheer [SPD]: Dann werden wir zu gegebener Zeit wieder nachfragen!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Sieling! - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Senator, Sie haben eben gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass es weitere Fälle dieser Art, also Vorgänge, bei denen, wie Sie in der Antwort sagen, Sie sich hinterher korrigieren müssen, nicht gegeben hat. Können Sie das auch für Ihre Staatsrätin ausschließen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Da müssen Sie meine Staatsrätin schon selbst fragen, ob sie Fälle hat. Sie fragen den Senat, und ich kann daher meine Antwort auch nur so wiederholen, wie ich sie gegeben habe.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Soweit ich die Geschäftsordnung kenne, sind Staatsräte Mitglieder des Senats.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Sie sind Vertreter des Senats, das ist richtig.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Dann möchte ich gern die Frage wiederholen und Sie fragen, ob Sie ausschließen können, auch für das, was Ihre Staatsrätin weiß, dass es so etwas in anderen Bereichen gibt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Nach meinem Kenntnisstand gibt es keine weiteren Verfahren, in denen gegen das Personalvertretungsgesetz verstoßen worden ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Sie haben ja zugesagt, dass Sie es bei Ihnen im Haus überprüfen wollen. Was denken Sie denn, wann Sie diese Überprüfung abgeschlossen haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich habe zugesagt, dass wir bei solchen Fragen zukünftig die Beurteilung des Gerichts mit einfließen lassen und daraufhin überprüfen werden. Es gibt für mich keinen Anlass, jetzt alles noch einmal neu zu überprüfen, weil ich davon ausgehe, dass das Mitbestimmungsverfahren in den anderen Verfahren eingehalten wird. Wir sind mindestens einmal im Monat in regelmäßigen Gesprächen mit dem Personalrat. Mir liegt auch vonseiten des Personalrats keine Kenntnis darüber vor, dass an gewissen Stellen ein ähnlich gelagerter Fall vorliegt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, gibt es weitere Fälle in der Zeit, die Sie als Senator überblicken, in denen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in Ihrem Haus dadurch, dass sie für höherwertige Tätigkeiten eingesetzt wurden, dann einen Anspruch auf eine Höhergruppierung hatten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich kann das nicht zu hundert Prozent ausschließen. Das will ich ganz offen und ehrlich sagen, weil sich das Ressort weiterhin in einer schwierigen Situation befindet. Wir haben zahlreiche Stellen nicht besetzt, ich hoffe aber, dass wir auch in der Würdigung des Vorgangs, den wir hier heute debattieren, sauber abgrenzen und noch schärfer bei der Übertragung von Aufgaben aufpassen, dass nicht irgendwelche Rechtsfolgen, die an dieser Stelle abgeleitet werden können, eintreten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie das hier für die Öffentlichkeit ausschließen, dass es sich um eine bewusste Strategie in Ihrem Haus gehandelt hat, Personen auf die Art und Weise, indem man sie mit höherwertigen Tätigkeiten betraut, auf eine andere Gehaltsstufe zu bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich kann es ausschließen, dass es eine bewusste Strategie ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Herr Senator, welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um solche Missachtung des Personalvertretungsgesetzes und des Personalrats in Zukunft nicht eintreten zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Wir haben über diesen Fall sehr intensiv diskutiert, auch über die Rechtsfolgen, und auch in den Gesprächen darauf hingewirkt, dass in diesen Fragestellungen zukünftig mit einer erhöhten Sensibilität umgegangen wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ist das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Vorgesetztenfunktion und auch der Staatsrätin zugeleitet worden?

(Senator Kastendiek: Ich habe jetzt die Frage nicht ganz verstanden!)

Hier sind ja Personalentscheidungen getroffen worden, die nur von Vorgesetzten wahrgenommen werden können. Haben also alle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Vorgesetztenfunktion haben, Kenntnisnahme von Ihrem Beschluss bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich habe mit der Staatsrätin darüber gesprochen, und da Personalangelegenheiten dann auch immer, gerade in solchen Sachen, natürlich über die Amtsleitung abgestimmt werden, wird darüber sichergestellt werden, dass es sicherlich solche Wiederholungen nicht geben wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Kosten der Unterkunft**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen der Entscheidungen des Bundessozialgerichts vom 7.11.2006 zu den Rechten von Hartz-IV-Empfängern auf Bremen?

Zweitens: Welche Möglichkeiten der Anpassung ergeben sich hieraus für die bremische Verwaltungspraxis?

Drittens: Inwieweit rechnet der Senat in diesem Zusammenhang mit zusätzlichen Kosten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: In den Entscheidungen des Bundessozialgerichts stand die Frage der Angemessenheit von Wohnungen und Unterkunfts-

kosten im Mittelpunkt. Dabei vertritt das Gericht die Auffassung, dass für die Frage, welche Unterkunftskosten im konkreten Einzelfall angemessen sind, nicht von vornherein und pauschal auf die Werte der Tabelle zu Paragraph 8 Wohngeldgesetz zurückgegriffen werden darf. Genau dies sehen die Regelungen in Bremen auch nicht vor.

Beim Sozialressort war man sich darüber bewusst, dass der Sozialleistungsträger die Aufgabe hat, für die von seiner Angemessenheitsregelung betroffenen Leistungsberechtigten einen ausreichenden Zugang zum unteren Preissegment des Wohnungsmarktes zu gewährleisten. Es war daher zunächst zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen diese Aufgabe erfüllt werden kann. Erst dann konnte festgelegt werden, welche Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft Geltung erlangen konnten. Das Gutachten „Preisgünstiger Wohnraum in Bremen“, das der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zur Überprüfung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft beim Hamburger Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GEWOS in Auftrag gegeben hat, zeigt im Ergebnis, dass für Bremen die Werte der Tabelle des Paragraphen 8 WoGG den richtigen Maßstab für die Angemessenheit darstellen.

Allerdings ist auch klar geworden, dass der zur Verfügung stehende Wohnraum knapp ist. Um die Fluktuation am Wohnungsmarkt zu nutzen, sehen die Regelungen zu den Kosten der Unterkunft für SGB-II-Empfänger hinsichtlich der Reduzierung der Erstattung der unangemessenen Unterkunftskosten zeitliche Staffelungen - je nach Haushaltsgröße - über einen längeren Zeitraum vor. Schließlich wird eine Reduzierung der Erstattung von unangemessenen Unterkunftskosten auch dann nicht vorgenommen, wenn der Wohnungsinhaber nachweisen kann, dass seine Bemühungen um billigeren Wohnraum erfolglos waren. Darüber hinaus sind Ausnahmen vorgesehen, die eine Übernahme von Kosten für eine Wohnung rechtfertigen können, die teurer ist als sonst in der Regel anerkenbar. Der Senat geht daher davon aus, dass das Urteil des Bundessozialgerichts in dieser Hinsicht keine Änderungen an den bremischen Regelungen erforderlich macht.

Das Bundessozialgericht hat sich ferner mit der Frage der Angemessenheit bei Wohneigentum befasst und darauf verwiesen, dass hier zur Feststellung einer angemessenen Wohnungsgröße andere Werte anzulegen sind als bei Mietwohnungen üblich. Das Sozialressort wird die Äußerung des Gerichts aufgreifen und diese Auffassung gegebenenfalls nach Auseinandersetzung mit den Urteilsgründen in seinen Regelungen berücksichtigen.

Das Bundessozialgericht hat sich auch mit dem Umgangsrecht von Leistungsberechtigten mit ihren Kindern und den daraus resultierenden Kosten auseinandergesetzt. Es hat Wege aufgezeigt, wie diese Kosten berücksichtigt werden können. Danach sind Kostenübernahmen sowohl nach dem Sozialgesetzbuch II und XII grundsätzlich möglich. Nach einer Auseinandersetzung mit den bislang noch nicht vorliegenden Urteilsgründen wird hier zu entscheiden sein, ob Regelungen geändert werden müssen.

Zu Frage 3: Der Senat rechnet derzeit mit keinen zusätzlichen Kosten aufgrund der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Ich habe keine Zusatzfragen, Herr Präsident! Danke schön!)

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Schmidtman! - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Das GEWOS-Gutachten, Frau Senatorin, hat dargestellt, dass es in diesem Einpersonensegment nicht genügend Wohnraum hier in Bremen gibt. Es werden aber trotzdem schon Umzugsaufforderungen verschickt. Wie sehen Sie es?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich habe, glaube ich, in der Antwort, Herr Abgeordneter, sehr deutlich formuliert, dass hier auch geschaut wird, inwieweit Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, auch für dieses Segment, und im Einzelfall auch Dinge mit den Leistungsberechtigten besprochen werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir hatten ja in der vorletzten Sitzung der Sozialdeputation gefordert, aufgrund des Urteils die Umzugsaufforderungen erst einmal auszusetzen. Würden Sie dem jetzt im Nachhinein zustimmen, oder würden Sie es weiterhin ablehnen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es hat sich weder aus dem Urteil noch aus der Begründung, die abschließend noch nicht bewertet worden ist, ergeben, dass wir hier eine Rücknahme der Umzugsaufforderungen vornehmen müssen.

Präsident Weber: Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Schmidtman [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Grotheer! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Grotheer** (SPD): In Bremen ist ja das Verwaltungsgericht für die gerichtliche Überprüfung von Entscheidungen in diesem Bereich zuständig. Frau Senatorin, ich möchte Sie fragen: Sind Ihnen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts in Bremen bekannt, mit der die bremische Verwaltungspraxis als rechtswidrig eingestuft worden ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Mir sind keine bekannt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Also dürfen wir davon ausgehen, dass der jetzige Sachstand ist, es gibt keine gerichtliche Entscheidung, die sagt, die bremische Praxis ist rechtswidrig, obwohl jeder, der sich durch eine Entscheidung der Verwaltung benachteiligt fühlt, in Bremen die Gerichte anrufen kann, und das bremische Verwaltungsgericht, so wissen wir aus einer anderen Anfrage, entscheidet zeitnah über solche Anträge.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Mir ist, wie gesagt, dazu nichts bekannt.

(Abg. Grotheer [SPD]: Danke sehr!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Stand der Fortschreibungen der Neustrukturierung der Gesundheit Nord**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann ist damit zu rechnen, dass der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales den zum 31.10.2006 erbetenen Bericht

über den Sachstand der Kontraktverhandlungen, die nach dem Ende des Streiks im Sommer dieses Jahres aufgenommen wurden, und die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen auf die Klinika der Gesundheit Nord gGmbH vorlegen wird?

Zweitens: Wann ist damit zu rechnen, dass der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die in der Senatsvorlage „Fortschreibung der Neustrukturierung der Gesundheit Nord“ erbetene Berichterstattung zur Personalentwicklungsplanung vorlegen wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Wegen der Kontraktverhandlungen erfolgte am 19.9.2006 seitens des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales durch die Senatorin eine Einladung an die Gewerkschaften und die Betriebsräte der Klinika und des Konzerns. Die Arbeitnehmerseite hat die Gespräche abgelehnt. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird sich gemeinsam mit dem Senator für Finanzen um eine zeitnahe Aufnahme der Gespräche mit der Arbeitnehmerseite bemühen mit dem Ziel, zumindest den Abschluss von Einzelkontrakten zu erreichen.

Die finanziellen Auswirkungen des Streiks, der Ergebnisse der Tarifverhandlungen und weiterer aktueller Entwicklungen, zum Beispiel Gesundheitsreform, sind in den Wirtschaftsplänen 2007 der Gesundheit Nord und der Kliniken zu berücksichtigen. In den Aufsichtsräten wurden die Geschäftsführungen gebeten, hierzu eine Einschätzung der finanziellen Konsequenzen der Tarifeinwanderungen abzugeben. Dies gilt analog für die Personalentwicklungsplanung. Diese kann erst dann überarbeitet werden, wenn mit der Aufstellung der Wirtschaftspläne 2007 zusätzliche Einsparanforderungen definiert und mit entsprechenden Maßnahmen hinterlegt sind.

Die Wirtschaftspläne sollen Anfang des Jahres 2007 den jeweiligen Aufsichtsräten vorgelegt werden. In diesem Kontext muss die Gesundheit Nord auf der Grundlage der konsolidierten Wirtschaftspläne auch den Business-Plan mit den gegebenenfalls notwendigen kompensatorischen Maßnahmen zur Einhaltung des Business-Plans bis 2010 dem Aufsichtsrat vorlegen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Am 17. Januar, ich komme erst einmal zu den Kontraktverhandlungen, ist in einer Mitteilung des Senats zu lesen, dass die Reduzierung der Bruttopersonalkosten je Vollkraft, so ist es beschrieben, ein notwendiger und wichtiger Baustein für die Konsolidierung der Gesundheit Nord ist. Am 24. Januar hat hier an dieser Stelle die damalige Senatorin Röpke in einer Rede ver.di, die so mutig sind, den Zukunftssicherungsvertrag geschlossen zu haben, erwähnt, dass diese vorausschauende Möglichkeit, die hiermit geschaffen wurde, eine Notwendigkeit ist, um die wirtschaftliche Notlage der Krankenhäuser in den Griff zu bekommen.

In der Senatsvorlage vom 27. Juni, die Sie auch gerade erwähnt haben, wird ja deutlich, dass wir hier insgesamt ein Gesamtkonzept verabschiedet haben. Wenn ich jetzt davon ausgehen kann, dass in diesem Gesamtkonzept schon die Ergebnisse der Tarifverhandlungen, der Kontraktverhandlungen mit eingerechnet sind, würde ich jetzt ganz gern wissen, welche Maßnahmen Sie ergreifen werden, um die Zahlen, die wir zur Grundlage genommen haben, dann trotzdem noch zu erreichen, denn die Tarifverhandlungen können ja irgendwie nicht eingerechnet werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete Mohr-Lüllmann, ich glaube, ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns zurzeit in der Aufstellung der Wirtschaftspläne 2007 befinden. Diese werden im Januar, Anfang Februar in den Aufsichtsräten der einzelnen Klinika vorgelegt. Erst dann ist es möglich, auch in der Gesundheit Nord für den Wirtschaftsplan und somit für die Auswirkungen des Business-Plans 2010 entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzufügen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Gehen Sie denn noch davon aus, dass der Zukunftssicherungsvertrag mit den entsprechenden Prozentsätzen, die in diesem Konzept eingerechnet worden sind, noch zustande kommen kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Dann komme ich noch einmal zu dem Personalentwicklungsplan! Am 24. Januar, das habe ich noch einmal nachgeschaut, hat die damalige Senatorin Röpke in ihrer Rede gesagt, dass wir ein Gesamtkonzept verabredet haben und dass die Vorbereitungen für einen Personalbinnenmarkt laufen. Am 1. Dezember 2006 fand die letzte Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern statt, so ist mein Kenntnisstand, und sie wurde ergebnislos auf unbestimmte Zeit verschoben. Sind Sie auch der Meinung, dass diese Formulierung bedeutet, dass das Vorhaben Personalbinnenmarkt damit erledigt ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Für mich gilt, dass wir hier erneut die Gespräche aufnehmen werden, um insbesondere im Bereich der Einzelkontrakte voranzukommen. Ich sage, wir sind dort an der Stelle, was das Klinikum Mitte angeht, ein ganz weites Stück vorangekommen. Damit wäre auch ein ganz wesentlicher Punkt erfüllt, wenn wir hier diesen Kontrakt zu einem Ende bringen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sie sind aber auch der Meinung, dass es notwendig ist, einen Personalbinnenmarkt innerhalb aller Kliniken zu schaffen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir werden uns bemühen, diesen Personalbinnenmarkt, wie er auch konzipiert ist, weiter voranzubringen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Ich muss leider noch einmal nachfragen: Sind Sie auch der Meinung, dass dieser Personalbinnenmarkt notwendig ist, um Konzentrationseffekte und Synergieeffekte herbeizuführen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete Dr. Mohr-Lüllmann, gestehen Sie mir bitte zu, dass ich an einigen Stellen in der Tiefe der Materie, auch was den Personalbinnenmarkt angeht, das, was der Kollege Kastendiek für sich in Anspruch genommen hat, ein Ressort in schwierigen Zeiten, im Moment noch nicht alle Probleme habe bearbeiten können, und ich bitte darum, diese Frage

auch auf die Deputationssitzung zurücknehmen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Dr. Mohr-Lüllmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist in Ihrem Haus im Zusammenhang mit der Frage Personalbinnenmarkt die Überlegung aufgetaucht, dass man das Problem auch über eine Senatsentscheidung lösen könnte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete Linnert, darf ich auch das hier in diesem Zusammenhang an die Antwort der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann angliedern?

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann rege ich an, dass Sie es prüfen, weil ich glaube, dass man es einfacher bekommen könnte!

Die zweite Frage bezieht sich darauf, dass ich Sie bitte, dem Haus darzulegen, warum die Arbeitnehmerseite die Gespräche über den Zukunftssicherungstarifvertrag abgelehnt hat.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich kann Ihnen hier an dieser Stelle jetzt nicht - das sind Gespräche, die am 13. September abgebrochen worden sind beziehungsweise nicht wieder aufgenommen worden sind - die einzelnen Gründe erläutern.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann bitte ich darum, dass Sie es nachliefern, denn ich möchte gern in den Stand gesetzt werden zu beurteilen, ob die Begründung, die gegeben wird, dass es sich auch aus Ihrem Haus heraus um den Wunsch handelt, andere, aus Sicht der Arbeitnehmer vielleicht verlässlichere oder anders agierende Verhandlungspartner zu be-

kommen, stimmt, dass das eines der möglichen Motive ist. Das möchte ich dann gern erfahren!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift „**Kein Anspruch auf Schulwegbeförderung für die Kinder aus der Tobias-Schule**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass Schüler und Schülerinnen des Förderzentrums Tobias-Schule keinen Anspruch auf Beförderung zur und von der Schule haben, obwohl wiederum Schülern und Schülerinnen der staatlichen Förderzentren ein solcher Beförderungsanspruch eingeräumt wird?

Zweitens: Wie bewertet der Senat vor dem Hintergrund dieser Regelung den Umstand, dass Eltern und Familien, die nicht in der Lage sind, ihr Kind täglich zur Schule zu bringen und abzuholen, diese Schule nicht anwählen können?

Drittens: Wie gedenkt der Senat, dieser Ungleichbehandlung entgegenzuwirken?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Wewer.

Staatsrat Dr. Wewer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Tobias-Schule ist eine private Sonderschule für Schülerinnen und Schüler mit Lernbehinderung. Auch Förderzentren in öffentlicher Trägerschaft für die Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten werden nicht mit Schulbussen angefahren. Insofern ist die Behauptung falsch, dass Schülerinnen und Schülern der Förderzentren Lernen, Sprache und Verhalten ein Anspruch auf Beförderung eingeräumt wird. Diesen Schülerinnen und Schülern wird allerdings bei Erfüllung besonderer Voraussetzungen entsprechend der Fahrkostenrichtlinie ein sogenannter Sonderfahrtausweis ausgestellt. In dieser Richtlinie wird eine Fahrkostenübernahme für den Besuch einer privaten Ersatzschule allerdings ausgeschlossen.

Zu Frage 2: Die öffentlichen Schulen im Lande Bremen halten ein ausreichendes Förderangebot für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf vor. Daher können alle behinderten Kinder im öffentlichen Schulsystem einen Schulplatz erhalten. Dies gilt ebenfalls für die Kinder, die auf Wunsch ihrer Eltern in die Tobias-Schule aufgenommen werden.

Das Recht der Eltern, ihr Kind an einer genehmigten Privatschule anzumelden, ist selbstverständlich vom Staat zu respektieren. Die Tobias-Schule ist allerdings gehalten, den Erziehungsberechtigten vor Abschluss des Beschulungsvertrages deutlich zu machen, dass Kosten für Schulgeld und Beförderung entstehen.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft teilt den Eltern im Zusammenhang mit der Aufnahme der Schülerinnen und Schüler in die Tobias-Schule jeweils schriftlich mit, dass die mit dem Besuch der Tobias-Schule entstehenden Kosten nicht von der Behörde übernommen werden können. Eine Zuweisung zur Tobias-Schule, die möglicherweise eine Kostenübernahme nach sich ziehen könnte, wird vom Senator für Bildung und Wissenschaft nicht ausgesprochen.

Zu Frage 3: Da auch für potenzielle Schülerinnen und Schüler der Tobias-Schule eine angemessene Beschulung im öffentlichen Schulwesen sichergestellt werden kann, sieht der Senat im Zusammenhang mit der Nichtübernahme von Fahrtkosten für diese Schülerinnen und Schüler keine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Eltern und Familien.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat Wewer, ich gehe davon aus, dass dem Senat bekannt ist, dass die Tobias-Schule, gleichwohl, dass sie eine Privatschule ist, bisher jedes Kind aufgenommen hat, auch wenn die Eltern dieses Schulgeld nicht aufbringen können. Ich gehe auch davon aus, dass dem Senat bekannt ist, dass Niedersachsen die Fahrtkosten für die Kinder bezahlt, und ich gehe weiter davon aus, dass der Senat weiß, dass viele Lehrer empfehlen, Kinder auf die Tobias-Schule umzuschulen, weil nur dort Kinder, die zum Beispiel Autismus haben oder eben Behinderungen, auf die die Tobias-Schule spezialisiert ist, besser unterrichtet und gefördert werden können. Vor dem Hintergrund frage ich, warum der Senat nicht eine Gleichbehandlung mit den Schülern aus Niedersachsen herstellt in dieser Frage.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Frau Abgeordnete Stahmann, weil man die Situation in Bremen und Niedersachsen nicht miteinander vergleichen kann! Niedersachsen kann nicht überall ein wohnortnahes, entsprechendes Förderangebot sicherstellen. Das ist in Bremen ganz anders.

Es gibt übrigens in Bremen auch keine schulrechtliche Bestimmung, aus der ein individueller Anspruch auf Beförderung abgeleitet werden kann, das gilt überhaupt nicht, sondern es gibt die Möglichkeit, dass man einen Sonderausweis für den Bus bekommt für die allgemeinen Bus- und Verkehrslinien unter bestimmten Voraussetzungen, sodass die Kinder vom Elternhaus zur Schule und zurück fahren können mit einer regulären Bus- oder Straßenbahnlinie, und wir setzen aus verwaltungsvereinfachenden Gründen gelegentlich Sammelbusse ein. Das ist aber kein normaler Schulbus, sondern ein Sammeltransport, mit dem die Kinder eingesammelt und dann in eine bestimmte Einrichtung gebracht werden.

Es gibt in ganz bestimmten Einzelfällen, in Ausnahmefällen, die Möglichkeit, nach dem Sozialgesetzbuch einen Anspruch auf Eingliederungshilfe nach Paragraph 54 Sozialgesetzbuch XII geltend zu machen, dieser richtet sich dann an den Senator für Soziales. Diesen Antrag kann jeder stellen, auch unabhängig davon, ob man auf eine private oder auf eine öffentliche Schule geht. Das wird dann nach anderen Kriterien behandelt. Von schulrechtlichen Gesichtspunkten her haben wir keine Möglichkeit, individuelle Transporte zu organisieren.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat Wewer, warum erstattet der Senat dann nicht wenigstens diesen Familien die Fahrtkosten, die entstehen würden, wenn man zum nächstgelegenen Förderzentrum von der Wohnung aus befördert werden würde? Warum erstattet man den Eltern nicht wenigstens diese Fahrtkosten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Die Richtlinie, nach der wir das tun und nach der das ausdrücklich ausgeschlossen ist, stammt vom 17. Februar 2005. Ich bin noch zu frisch in Bremen, um zu sagen, wer ihr damals alles zugestimmt hat, ich vermute aber, sie hatte eine breite Mehrheit, denn so etwas repräsentiert den Willen der breiten Mehrheit in den zuständigen Gremien.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie viele Familien sind von solchen Regelungen betroffen? Wissen Sie das, und hat der Senat Kenntnis darüber und hat sich mit der Schule in Verbindung gesetzt, um einmal nachzufragen, wie viele Familien von dieser Regelung betroffen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Die Frage kann ich leider nicht beantworten.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frau Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte den Senator und Sie, Herr Staatsrat, bitten, den Kontakt zu der Tobias-Schule zu suchen! Die Schulleitung ist sehr engagiert, und ich glaube, die Eltern wären sehr erfreut, wenn der Senat sich dieses Problems annehmen würde.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Dann aber zu allen!)

Das ist hier nicht die Frage! Es geht hier in dieser Frage um die Tobias-Schule. Wir haben gesehen, dass schwerbehinderte Eltern Tag für Tag ihre Kinder dort hinfahren, und da ist die Frage, ob der Senat keine Möglichkeit sieht, diesen Familien entgegenzukommen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Frau Stahmann, aus meiner Sicht spricht nichts gegen ein Gespräch oder einen Besuch, wobei wir insofern aufpassen müssen, falls damit die Erwartung verbunden ist, dass wir die Richtlinie entsprechend auf alle Privatschulen ausdehnen. Dann, glaube ich, ist das nicht ratsam, weil dann ein Anspruch entstehen könnte, der quer über das Stadtgebiet reichen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das können wir nach unserer Einschätzung nicht darstellen. Insofern spricht nichts gegen ein Gespräch, um sich auch über die Probleme vor Ort zu informieren. Dagegen kann man nichts sagen, aber ich möchte ein bisschen davor warnen, allzu große Erwartungen damit zu verbinden!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat Wewer, haben Sie die Frage richtig verstanden, dass es uns hier nicht um jede Privatschule geht, sondern um eine Privatschule, die sich besonders um behinderte Kinder kümmert und auf bestimmte Behinderungen spezialisiert ist? Kann ich davon ausgehen, dass der Senat die Frage auch richtig gelesen hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Das erkennen wir durchaus an, Frau Stahmann. Die Frage ist nur, wenn wir das einmal machen, dann müssen wir es immer machen, und da liegt dann das Problem, weil man quer durch das Stadtgebiet zu anderen Schulen fahren kann und dann damit natürlich den Anspruch verbindet, dass es, wenn es da finanziert wird, auch an anderen Stellen finanziert wird. Das ist unser Grundsatzproblem.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Gleisanschlüsse in die Überseestadt**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Möhle!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welches Konzept verfolgt der Senat in Bezug auf die Gleisanschlüsse einzelner Unternehmen auf dem Gelände der Überseestadt?

Zweitens: Welche Aspekte fließen in die Abwägung über Erhalt oder Abbau vorhandener Gleisinfrastruktur ein?

Drittens: Welche konkreten Pläne gibt es zum Abbau von Gleisen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Gleisanschlüsse sind gemäß Landeseisenbahngesetz Eisenbahnen, die ganz oder überwiegend dem Verkehr eines einzelnen Unternehmens von und zu Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs dienen.

Zu Erstens: Grundsätzlich wird in der Überseestadt wie auch in anderen Gewerbegebieten das Ziel verfolgt, Bereiche mit der Möglichkeit eines Gleisanschlusses für Unternehmen anzubieten, die diese Anbindung benötigen. Gemäß der durch die Stadtbürgerschaft in 2000 beschlossenen Entwicklungskonzeption wurde den in der Überseestadt ansässigen Unternehmen Bestandsschutz zugesichert. Bestandteil dieses Bestandsschutzes ist auch der Erhalt der bestehenden Gleisanschlüsse.

Über einen Gleisanschluss verfügen insbesondere die am Holz- und Fabrikenhafen, im Speicherhof, im Frischezentrum sowie am Weserufer ansässigen Unternehmen. Im Rahmen der Neuordnung der Überseestadt soll diesen Unternehmen auch zukünftig der Anschluss an das Gleis der Hafensbahn ermöglicht werden, sofern weiterhin die Notwendigkeit eines Gleisanschlusses besteht.

Zu Zweitens: Bei der Abwägung über Erhalt oder Abbau vorhandener Gleisinfrastruktur werden die aktuelle und zukünftige Nutzungshäufigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Gleisinfrastruktur berücksichtigt. Wird ein Gleisanschluss selten beziehungsweise nie durch das Unternehmen genutzt und ist auch in mittelfristiger Zukunft mit keiner zunehmenden Nutzung des Gleises zu rechnen, ist auch die Kündigung des Gleisanschlusses in Erwägung zu ziehen.

Zu Drittens: Aktuell wird bei einigen Gleisanschlüssen geprüft, inwiefern vor dem Hintergrund der bereits seit mehreren Jahren ausbleibenden Nutzung durch Unternehmen und der für die zum Gleisanschluss führenden Gleisanlagen der Hafensbahn erforderlichen Instandsetzungskosten in erheblicher Höhe Kündigungen der Gleisanschlüsse ausgesprochen werden sollten. Als Alternative zur Kündigung wird eine Übertragung der zum jeweiligen Gleisanschluss führenden Gleisanlagen der Hafensbahn auf das Unternehmen zu festgesetzten Mietkonditionen geprüft. In diesen Fällen würden die erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen vor Vermietung auf Kosten des Sondervermögens Überseestadt durchgeführt, während die laufenden Unterhaltungskosten durch das Unternehmen zu erbringen wären.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gehe erst einmal davon aus, dass Ihre Antwort besagt, dass es Bestandsschutz für die entsprechenden Unternehmen gibt. Kann ich aber davon ausgehen, dass Sie im Vorfeld mit den jeweiligen Unternehmen Gespräche darüber führen, wenn Sie

jetzt die Absicht hegen, an der einen oder anderen Stelle tatsächlich abzubauen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Absolut! Es gibt einen Bereich, in dem diese Gespräche zurzeit ganz konkret stattfinden, Europahafen Südseite und Weserufer, weil es da zum Teil Gleisanschlüsse gibt, die nur ein- oder zweimal pro Jahr genutzt werden, aber es gibt auch Gleisanschlüsse, die schon seit sieben Jahren nicht mehr genutzt werden. Da sind wir in sehr intensiven Gesprächen, und die Reaktion der Geschäftsführer der Unternehmen zeigt mir auch, dass die Gespräche stattfinden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Oppermann! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD): Danke, Herr Präsident! Herr Senator, in Ergänzung zu dem, was Herr Kollege Möhle zuletzt noch gefragt hat: Wie wird denn die Entschädigungsregelung aussehen, wenn Sie abbauen? Etliche Unternehmen haben in der Vergangenheit selbst in diese Anschlussgleise investiert, und wenn jetzt vonseiten des Staats abgebaut wird, weil eine längere Nutzung nicht erfolgte, entsteht diesen Unternehmen ja ein wirtschaftlicher Nachteil.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das muss im Einzelfall geregelt werden, wobei keine Entschädigungszahlungen zum Tragen kommen, weil es öffentliches Eigentum ist, das als öffentliche Infrastruktur auch vorgehalten wird, und dafür werden entsprechend Mieten, Pachten oder Nutzungsgebühren erhoben. Was natürlich hinter der Grundstücksgrenze passiert, ist dann eine andere Situation, für die aber keine Entschädigung zu zahlen ist.

Wir sind sehr intensiv mit den Unternehmen in Gesprächen, weil ausgelotet werden muss, was geht und was nicht geht, wie die Zukunft aussieht. Es gibt zum Beispiel einen Fall, in dem wir jährliche Einnahmen von 100 Euro für einen Gleisanschluss haben, aber einmalige Instandhaltungsaufwendungen von 64.000 Euro gegenüberstehend sowie jährliche Unterhaltungsaufwendungen von 3000 Euro.

Jetzt könnte ich die Frage fast zurückgeben, Herr Abgeordneter. Wenn Sie mir natürlich als Haushaltsgesetzgeber die Mittel zur Verfügung stellen für solche Diskrepanzen zum Teil bei einzelnen Gleisanschlüssen, wo auch keine Nutzung stattfindet, konkret seit sieben Jahren nichts passiert ist, werden Sie mich doch fragen, ob das denn wirtschaftlich oder sparsam ist, was wir da mit öf-

fentlichen Geldern machen. Das muss abgewogen werden. Wir sind da aber in intensiven Gesprächen und versuchen auch, einen Interessensausgleich herzustellen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege Oppermann?

(Abg. Manfred Oppermann [SPD]: Nein, Herr Präsident!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Busparkplatz auf dem Gelände des alten Campingplatzes**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Busparkplätze für das Universum sollen auf welcher Fläche des Geländes des alten Campingplatzes entstehen?

Zweitens: In welcher Form wurden Gremien oder Träger öffentlicher Belange an der bisherigen Planung beteiligt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für den Standort des Busparkplatzes Universum sind zwei Varianten möglich: Zum einen ein Streifen nördlich des Hochschulrings gegenüber dem alten Campingplatz, hier können 8 bis 10 Stellplätze realisiert werden. Dieser Standort ist aufgrund des sehr schlechten Baugrundes und des schlechten Verhältnisses zwischen Erschließungsflächen und Stellplatzflächen sehr kostenintensiv. Alternativ wird ein Standort vor dem alten Campingplatz im Bereich der Zufahrt zum Campingplatz geprüft. Aufgrund der Vornutzung durch den Campingplatz und der vorhandenen Erschließungsstraße sind hier die Kosten für die Herstellung des Busparkplatzes deutlich geringer. Hier können 14 bis 18 Stellplätze realisiert werden.

Zu Frage 2: Für die Variante nördlich des Hochschulrings wurden die wesentlichen Träger öffentlicher Belange gehört. Wie oben dargestellt, wird aus Kostengründen allerdings seitens des Wirtschaftsressorts und der BIG die Variante der Busstellplätze vor dem alten Campingplatz favorisiert und derzeit geprüft. Für diese Variante ist noch eine Beschlussfassung in den politischen Gremien sowie eine Trägerbeteiligung erforderlich.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Verstehe ich es richtig, dass nicht auf dem Gelände des Campingplatzes, sondern davor, wo sich jetzt auch schon Parkplätze befinden, eine Erweiterung stattfinden wird? Ist es dazu erforderlich, die planungsrechtlichen Grundlagen zu ändern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das werden die weiteren Maßnahmen ergeben, ob dort Veränderungen in den planungsrechtlichen Grundlagen vorgenommen werden, das kann ich jetzt so nicht beantworten. Das müsste dann auch bei der Beschlussfassung der politischen Gremien entschieden werden, denn diese Variante muss auf alle Fälle dann durch die politischen Gremien abschließend geprüft werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Abschließend: Entnehme ich den Aussagen des Senators, dass er sich einsetzt und dafür Sorge trägt, dass in dem Fall auch die Beschlussfassungen der Gremien stattfinden und dass hier nicht sozusagen ohne entsprechende Voraussetzungen dann Fakten geschaffen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Nein, der Senat ist verpflichtet, sich an Recht und Gesetz zu halten, an Verordnungen und sonstige Auflagen, und das, was für den normalen Bürger gilt, gilt für uns genauso.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Klinikum Bremen-Mitte**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wem ist eigentumsrechtlich das Areal auf dem Gelände Klinikum Bremen-Mitte zugeordnet, das durch die Konzentration nach dem Masterplan frei werden soll?

Zweitens: In welcher Höhe sind Einnahmen aus dem Verkauf des frei werdenden Geländes für die Finanzierung des Umbaus Klinikum-Mitte eingeplant?

Drittens: Welche Bindungen und Verpflichtungen geht Bremen in der Ausschreibung des Masterplans für private Investoren in Bezug auf das frei werdende Gelände ein?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Die frei werdenden Flächen stehen im zivilrechtlichen Eigentum der Gesundheit Nord Grundstücks GmbH und Co. KG und im wirtschaftlichen Eigentum der Klinikum Bremen-Mitte gGmbH, siehe auch die Paragraphen 1 und 5 KHUG und die Gesetzesbegründung zu diesen Vorschriften.

Zweitens: Einnahmen aus dem Verkauf des frei werdenden Geländes sind in der Wirtschaftlichkeitsprognose für die Finanzierung des Umbaus nicht eingeplant.

Drittens: Der Verkauf der künftig als Mischgebiet vorgesehenen Teilflächen des frei werdenden Geländes ist gemäß Senatsbeschluss vom 18. Juli 2006 optional in die Ausschreibung einbezogen. Dies gilt nicht für den Teil des frei werdenden Geländes, der künftig als Wohnbaufläche vorgesehen ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ein Teil des frei werdenden Geländes Teil der Ausschreibung für den PPP-Modell-Masterplan ist, warum ist es dann nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einbezogen worden? Es hat doch wirtschaftliche Auswirkungen, wenn man dem Investor diese Grundstücke, zu welchem Preis auch immer, überlässt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst ist es freigestellt, ob die möglichen Bieter dieses Areal für sich in Anspruch nehmen. Insofern ist das dann auch nicht mit in die Berechnung eingeplant.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Unabhängig davon, ob man das nun für das PPP-Modell zugrunde legt oder nicht oder ob man es außerhalb des PPP-Modells verkauft, würden Einnahmen durch den Verkauf der Grundstücke erzielt werden. Warum werden diese nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das ist richtig, dass dort sicherlich, wenn man es verkauft, Einnahmen erzielt werden. Im Moment kann ich Ihnen nicht sagen, wohin diese Einnahmen in dem Fall fließen. Es ist logisch, dass sie, nach meiner Meinung, auch dem Eigentümer zufließen müssen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es Wertgutachten über den Wert der Grundstücke?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es gibt Berechnungen aufgrund einer Anfrage bei GeoInformation, die von Quadratmeterpreisen von 355 Euro für diesen Stadtteil insgesamt ausgehen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist dieser Preis bei der Ausschreibung für den PPP-Partner denen mitgeteilt worden, dass der Wert der Grundstücke ungefähr diese Höhe hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Welchen Sinn hat in diesem Zusammenhang die mit 65.000 Euro angesetzte Beauftragung der BIG,

eine Machbarkeitsstudie über die Potenziale des frei werdenden Geländes anfertigen zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, wenn ich das richtig verstanden habe, geht es hier um den Teil der Wohnbebauung. Ist das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen) : Nein! Es ist von den Wirtschaftsförderungsausschüssen, auch von Ihrem Haus vorlegend, beschlossen worden, diese Studie zu machen, um die gesundheitspolitischen Potenziale dieses Areals zu untersuchen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Dort geht es sicherlich darum, auch einschätzen zu können, wie die weitere Entwicklung inhaltlich gestaltet werden muss.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Welchen Sinn macht es denn, auf der einen Seite diese Studie in Auftrag zu geben, auf der anderen Seite dem PPP-Partner das bereits als Angebot zu machen, dass er Zugriff auf diese Flächen bekommen könnte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir können nicht davon ausgehen - Sie wissen auch, dass wir in dieses Verfahren nicht eingreifen können -, wir können nicht von vornherein davon ausgehen, dass der PPP-Partner dieses Areal für sich in Anspruch nimmt. Gleichwohl müssen wir darauf vorbereitet sein, auch andere Regelungen zu treffen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie noch eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wissen Sie, welches Institut mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt wurde?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Könnten Sie das bitte der Gesundheitsdeputation mitteilen? Dann habe ich noch eine letzte Frage: Können Sie hier definitiv sagen, dass sichergestellt ist, dass die Ergebnisse des Gutachtens nicht den Bietern in dem PPP-Bieterverfahren zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise von Töchtern der im Bieterverfahren bietenden Firmen gefertigt werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Da uns nicht bekannt ist und auch nach dem Verfahren nicht bekannt sein darf, wer sich in diesem Bieterverfahren befindet, können wir diesen das auch nicht zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie können auch ausschließen, dass Töchter von Firmen, die interessiert sind an der PPP-Ausschreibung, gleichzeitig Gutachten über das Gelände anfertigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, da ich nicht diesen Vertrag unterschrieben habe, der notwendig ist, um in dieses PPP-Verfahren Einblick zu haben, kenne ich die Bieter nicht!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Brumma! - Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Frau Senatorin, ist es korrekt, dass im Moment das Bieterverfahren läuft und Sie keine Aussagen dazu machen dürfen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich habe das eben schon der Abgeordneten Linnert gesagt. Es ist so, dass wir in dieses Verfahren nicht eingreifen dürfen und können, und das Verfahren läuft im Zeitplan ab.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Brumma** (SPD): Können Sie sagen, wann das Verfahren ungefähr beendet ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir rechnen damit, dass das Verfahren Ende März, Anfang April abgeschlossen sein wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Partizipation und Schülervertretung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Hövelmann!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Teilt der Senat die These, dass die aktive Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Gestaltung des Schulalltags sich positiv auf deren Lernmotivation und damit leistungsfördernd auswirkt?

Zweitens: Wie hoch ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Gesamtschülervertretung der Stadtgemeinde Bremen?

Drittens: Wird der Senat Maßnahmen ergreifen, um auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu motivieren, sich aktiv in die Schulgestaltung einzubringen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Wewer.

Staatsrat Dr. Wewer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat teilt die Auffassung, dass die aktive Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Gestaltung des Schulalltags sich positiv auf deren Lernmotivation und damit leistungsfördernd auswirkt. Partizipation der Schülerinnen und Schüler am Schulleben und an der Schulentwicklung sind unverzichtbar für Sozialgefüge und Kultur einer intakten demokratischen Schulkultur.

Zu Frage 2: Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Gesamtschülervertretung der Stadtgemeinde Bremen beträgt zirka 30 Prozent.

Zu Frage 3: Der Senat ergreift eine Reihe von Maßnahmen, um Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu motivieren, sich aktiv in die Schulgestaltung einzubringen. Viele Grund-

schulen führen mit den Klassensprecherinnen und Klassensprechern regelmäßige schulinterne Schülerparlamente durch. Für die weiterführenden Schulen sind beispielhaft die Projekte „Schule ohne Rassismus“, „Jugend debattiert“ und das BLK-Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ zu nennen. Im Rahmen des START-Stipendiatenprogramms werden Jugendliche mit Migrationshintergrund unterstützt, sich aktiv in die Schulgestaltung einzubringen und eine Vorbildfunktion für andere Jugendliche mit Migrationshintergrund zu übernehmen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Nur eine kurze Bemerkung: Ich war sehr überrascht über 30 Prozent Teilnahme von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, und ich bitte Sie, die Maßnahmen noch weiter zu fördern, aber 30 Prozent sind schon ganz gut. Danke schön!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von dem Abgeordneten Crueger! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, wie stellt sich der Senat zu der Frage, inwieweit die momentanen Gestaltungsspielräume der Schülervertretungen, gerade auch der Gesamtschülervertretung, die beispielsweise auch in der Bildungsdeputation formal einbezogen ist, womöglich noch ausdehnen könnte im Sinne einer gesunden bildungspolitischen Diskussion im Land Bremen und in der Stadt Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Die Fragen betrafen zwar in erster Linie die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber ich will gern auch den Hinweis auf die generelle Frage geben, wie wir mit der Schülervertretung umgehen. An mich ist, seitdem ich in Bremen bin, keine Forderung, kein Wunsch, keine Bitte herangetragen worden, dort mehr zu tun. Soweit ich das beobachten kann, habe ich den Eindruck, nicht einmal das, was möglich ist, wird immer in allen Fällen ausgeschöpft, sodass ich im Moment keinen unmittelbaren Handlungsbedarf sehen würde. Ich kann aber gern ein Gespräch anbieten. Wenn von dort ein Gespräch gewünscht wird, dass man über solche Dinge redet, sind wir dazu selbstverständlich gern bereit.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, eine Frage, die, wenn wir das jetzt hier

nicht klären können, dann sicher für solch ein Gespräch interessant wäre, wäre die Position des Senats zu einem allgemeinpolitischen Mandat der Schülervertretung, ähnlich wie wir die Debatte im Wissenschaftsbereich bei den ASten haben, die Frage, wie weit sich Schülervertretungen auch zu den Themen äußern dürfen im Rahmen ihrer gewählten Funktion, die für Schüler interessant sind, aber nichts unmittelbar mit dem Schulalltag zu tun haben!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Soweit mir das bekannt ist, gibt es dazu keine Beschlussfassung des Senats.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von dem Abgeordneten Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Staatsrat, da Sie gerade sagten, es gäbe keinen akuten Handlungsbedarf: Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine schon mittlerweile leider langjährige Forderung der Schülerinnen und Schüler der Freien Schulen besteht, dass diese auch gehört werden, weil diese von der GSV-Arbeit zurzeit ausgeschlossen sind? Von daher böte sich tatsächlich ein Handlungsbedarf. Es wird sicherlich damit zusammenhängen, dass Sie in den wenigen Monaten, die Sie ja doch erst in Bremen sind, dies vielleicht nicht akut gehört haben. Da Sie aber danach gefragt haben, gestatten Sie mir, es Ihnen hier mitzuteilen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Herr Abgeordneter Rohmeyer, das ist inzwischen fast ein Jahr! Aber ich glaube, Sie sind auch nicht zufrieden, wenn ich das nur zur Kenntnis nehme.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sie können es gern auch gleich lösen!)

Ich habe Sie so verstanden, dass ich der Frage nachgehen soll. Das tue ich gern!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Umgestaltung der Schulhofflächen an der Gerhard-Rohlf-Schule**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den momentanen Zustand des Schulhofs an der Gerhard-Rohlf-Schule?

Zweitens: Aus welchen Gründen wurde eine Sanierung des Schulhofs mehrfach aufgeschoben?

Drittens: Für welchen Zeitraum plant der Senat, eine Umgestaltung des Schulhofs vorzunehmen, und welche Maßnahmen sollen getroffen werden?

Präsident Weber: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Wewer.

Staatsrat Dr. Wewer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Pausenhofflächen an der Gerhard-Rohlf-Schule und deren Anordnung sind durch die Gebäudesituation vorgegeben. Der Zustand entspricht unter Berücksichtigung der besonderen Situation dem Standard von Schulen mit vergleichbaren Größen und Herstellungsjahren.

Zu Frage 2: Unter Berücksichtigung aller im Schulbereich zu leistenden Bauinvestitionen war eine Umsetzung bisher nicht möglich. Eine Prioritätensetzung ist in Zeiten knapper Kassen sowohl bei Baumaßnahmen des Senators für Bildung und Wissenschaft als auch bei Baumaßnahmen des Sondervermögens Immobilien und Technik unumgänglich.

Zu Frage 3: Mit einer inzwischen in der Schule gegründeten Arbeitsgruppe wird 2007 eine Planung für eine mögliche Umgestaltung des Pausenhofs erarbeitet. Erst nach Abschluss dieser Planungen ist eine definitive Aussage zu Inhalten und Umsetzungssterminen möglich.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):
Ich freue mich zu hören, dass der Schulhof, der einer Betonwüste gleicht, verändert werden soll. Ein Basketballkorb hängt dort für 800 Schülerinnen und Schüler. Es ist die einzige Schule, wo eine öffentliche Straße über den Schulhof geht. Also, das ist schon eine ganz besondere Situation, die die Schule dort zu meistern hat, wie man damit in der Pause umgeht. Ich sage nur, Thema Rauchverbot an Schulen, das ist dort nicht ganz einfach zu handhaben! Deswegen dringt die Schule auch selbstverständlich auf eine optische

Umgestaltung, dass die Schülerinnen und Schüler dort in der Pause auf dem Schulhof bleiben.

Wann rechnen Sie damit, Herr Staatsrat Wewer, wenn man jetzt sagt, 2007 wird geplant, wann ist ein Abschluss oder überhaupt ein Beginn der Baumaßnahme? Wann kann man damit rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Wewer: Frau Stahmann, vielleicht darf ich zunächst vorweg sagen, wir alle könnten uns einen solchen Schul- und Pausenhof sicherlich schöner vorstellen, das ist nicht die Frage. Es ist in der Tat ein asphaltierter Schulhof, von denen es leider mehrere gibt. Es gibt allerdings mehr als nur einen Basketballkorb und, soweit ich informiert bin, eine Tischtennisplatte und eine Torwand.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die ist aber schäbig!)

Das macht ihn auch nicht sehr viel schöner, das gebe ich gern zu. Wir sind schon froh, dass es uns vor einigen Jahren gelungen ist, das muss im Jahr 2000 gewesen sein, das Gebäude so zu sanieren, dass es sich eigentlich in einem ganz guten Zustand befindet. Wir müssen uns jetzt in absehbarer Zeit darum bemühen, dass wir auch etwas für den Schul- und Pausenhof hinbekommen.

Nach meiner Kenntnis will die Arbeitsgruppe im Frühjahr 2007 ihre Planung abschließen. Dann werden sich die Fragen stellen, was das kostet, was mit der terminlichen Umsetzung ist, was im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten machbar ist. Diesen Fragen werden wir uns dann unverzüglich widmen, und ich hoffe, dass wir dann möglichst bald zu positiven Ergebnissen kommen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Standortvorteil familienfreundlicher Einkauf**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Grotheer, Liess, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Grotheer!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat Kinderbetreuungsangebote als Beitrag zur Optimierung von Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Bremer City vor dem Hintergrund, dass Kinderbetreuung in den am Stadtrand und außerhalb der Stadt ge-

legenen Einkaufszentren und Kaufhäusern oft zum normalen Service gehört?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Innenstadtkaufleute und deren Marketingorganisation zu motivieren, familienfreundlichen Einkauf durch Kinderbetreuungsangebote - zumindest zeitweise - bereitzustellen?

Drittens: Sieht der Senat Chancen und hält er es für sinnvoll, die Bereitstellung von citynaher Kinderbetreuung durch Einsatz öffentlich geförderter arbeitsmarktpolitischer Instrumente zu fördern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage eins: Bei einigen großflächigen Einzelhandelsverkaufsformen, insbesondere am Stadtrand, wird eine Kinderbetreuung angeboten. Das gilt vor allem dann, wenn ein großer Betrieb, ein relativ hoher durchschnittlicher Kassenbon und eine überschaubare Kundenfrequenz gegeben sind. Das Verhältnis zwischen Umsatz und Anzahl zu betreuender Kinder lässt in diesen Fall die Finanzierung einer solchen Einrichtung zu.

Der innerstädtische Einzelhandel ist im Gegensatz hierzu eher kleinteilig strukturiert. Eine zentrale Kinderbetreuung kann deshalb nur von einer Gemeinschaft getragen werden, da die Kosten bei einer qualifizierten Betreuung die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Unternehmens übersteigen. Derzeit gibt es keine zentrale Kinderbetreuungsmöglichkeit für einkaufende Eltern in der Bremer City als Service der Innenstadtkaufleute. Einige Geschäfte und Kaufhäuser haben sogenannte Spielecken in ihren Geschäften eingerichtet. Zur Häufigkeit der Nutzung und zur Qualität des Angebots kann aber an dieser Stelle keine Auskunft gegeben werden.

Zu Frage zwei: In Bremen hat es Mitte der Neunzigerjahre über die CityInitiative Bremen Werbung e. V. den Versuch einer zentralen Kinderbetreuung für einkaufende Eltern gegeben. Er musste nach Beendigung der öffentlichen Anlauffinanzierung eingestellt werden. Die CityInitiative Bremen Werbung e. V. hat aktuell mit der BRAS ein Projekt Citydienstleistungen angestoßen. Ziel des Projektes ist eine kontinuierliche Kinderbetreuung für die City. Die mögliche finanzielle Abwicklung über die Innenstadtwirtschaft überfordert die CityInitiative Bremen Werbung e. V. insbesondere nach den angekündigten Kürzungen für die Jahre 2007 und danach. Die Erfahrungen zeigen, dass

eine zentrale Kinderbetreuung zu günstigen Bedingungen im innerstädtischen Bereich nur schwer zu organisieren ist.

Zu Frage drei: Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie zum Beispiel Ein-Euro-Jobs können dann bereitgestellt werden, wenn die Grundfinanzierung einer citynahen Kinderbetreuung für einkaufende Eltern gewährleistet wäre. Der Senat plant derzeit keine Grundfinanzierung eines solchen Betreuungsangebotes.

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir fragen ja in Ziffer 1, ob der Senat ein Kinderbetreuungsangebot in der City als einen Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität der bremischen Innenstadt ansieht. Können Sie diese Frage beantworten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich glaube, dass aus dem Gesamtduktus der Antwort zu schließen ist, dass der Senat nicht ausschließen will, dass das natürlich eine fördernde Maßnahme ist. Der Senator für Bau hat mir in seiner Funktion auch als Aufsichtsratsvorsitzender der BrePark heute Morgen im Senat mitgeteilt, dass er diesbezüglich mit der BrePark-Geschäftsführung im Gespräch ist, hier entsprechende Möglichkeiten über diesen Weg zu ermöglichen. Da muss man aber die Prüfung durch die BrePark abwarten.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Grotheer [SPD]: Ja, natürlich!)

Bitte, Herr Grotheer!

Abg. **Grotheer** (SPD): Erstaunt es Sie, Herr Senator, dass wir darüber überrascht sind, wie zurückhaltend Sie diese Frage beantworten? Wir hatten damit gerechnet, dass Sie mit einem klaren Ja die Frage nach der Beurteilung der Attraktivität beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das ist, wenn man das ganz eng betrachtet, vielleicht überraschend, aber letztendlich muss man dann ehrlicherweise, wenn man fragt, wie das darzustellen ist, auch die Antwort geben, wie das zu finanzieren ist. Die Lage in dem kleinteiligen Einzelhandel hier in Bremen - und lassen Sie sich bitte von der derzeit wohl sehr

günstigen Konsumeinstellung der Bevölkerung nicht allzu sehr täuschen - ist weiterhin angespannt und schwierig an dieser Stelle, und deswegen sind wir hier, glaube ich, einer Meinung, ohne jetzt ein offizielles Statement des Senats abgeben zu können, dass dieses natürlich förderlich sein könnte und auch sicherlich sein wird.

Deswegen müssen wir uns da auch nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern versuchen, Wege zu finden, wie wir dies organisieren können. Dazu gehört natürlich die City-Gemeinschaft, die mit ins Boot muss. Wir wollen aber, hier kann ich den Hinweis von Senator Neumeyer nur wiedergeben, auch mit der BrePark schauen, wie das an dieser Stelle dargestellt werden kann, ob es da Wege gibt.

Wenn Sie mich nach meiner persönlichen Meinung fragen als Vater eines neunjährigen Sohns, der mit hoher Begeisterung immer schaut, wenn Mami und Papi sich in Geschäften aufhalten, die ihn überhaupt nicht interessieren: Es wäre sicherlich hinsichtlich des Familienfriedens und der Stimmung förderlich, wenn es an der Stelle auch andere Möglichkeiten der Unterhaltung des Nachwuchses gäbe!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Grotheer!

Abg. **Grotheer** (SPD): Angesichts Ihrer persönlichen Auffassung, Herr Senator, möchte ich noch einmal nachfragen: Finden Sie es erstaunlich, dass der Senat zuletzt Mitte der Neunzigerjahre, das ist über zehn Jahre her, versucht hat, die Bremer Kaufleute mit ins Boot zu bekommen, oder wäre es nicht notwendig gewesen, auch an diesem Thema kontinuierlich zu arbeiten?

(Abg. Focke [CDU]: Das wird alle zwei Jahre diskutiert!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Der baupolitische Sprecher der Fraktion der CDU hat ja gesagt, dass es ständig diskutiert wird. Man muss eben Wege und Formen der Finanzierung finden. Wie gesagt, ich kann eben nur auf das hinweisen, was der Bau-senator, Herr Neumeyer, mir mit auf den Weg gegeben hat, dass versucht wird, einen neuen Ansatz zu entwickeln. Ich hoffe, dass man da zu positiven Ergebnissen kommt. Ich gehe auch davon aus, dass nach entsprechenden Ergebnissen die Öffentlichkeit beziehungsweise die politischen Gremien hierüber informiert und in Kenntnis gesetzt werden.

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Grotheer [SPD]: Danke, nein! Wenn wir einen Anstoß mit dieser Frage geben konnten, sind wir sehr zufrieden!)

Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Möbius!

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass das Kindertagesheim Hardenbergstraße, das zur KiTa Bremen gehört, am nächsten Sonnabend, dem 16. Dezember, aus Eigeninitiative ein Angebot für Eltern bereithält, mit professionellen Erzieherinnen Kinder für fünf Stunden für fünf Euro zu betreuen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das Angebot ist mir nicht bekannt, aber aus Ihrer Schilderung kann ich nur entnehmen, dass es sich offensichtlich um eine sehr lobenswerte Initiative handelt. Die Hardenbergstraße ist ja auch so weit von der Bremer City nicht entfernt.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Direkt an der Haltestelle!)

Ich denke, das ist ein gutes Beispiel!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Ich finde es sehr schön, dass Sie das auch noch einmal extra hervorheben und loben! Könnten Sie sich vorstellen, dass man vielleicht auf dieser Ebene versucht, etwas näher zusammenzurücken, um gemeinsame Ideen und gemeinsame Aktionsmöglichkeiten in der Zukunft zu planen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich denke, dass man alle Wege ausloten sollte in diesem Zusammenhang, um Betreuungsangebote insgesamt zu verbessern, nicht nur für den Samstagvormittag zum Einkaufen, sondern in allen Bereichen. Wie gesagt, wir sollten über alle Wege nachdenken. Vielleicht ist das ja auch einmal ein Impuls, über andere Wege und Richtungen nachzudenken.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: So war es auch gedacht!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen der Service in der Innenstadt bekannt, dass gekaufte Pakete entweder zu Depots gebracht werden oder zu den Parkhäusern, in denen die Autos der Kunden geparkt wurden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Dieser Service ist mir sowohl durch die Lektüre von Zeitungen bekannt als auch durch interne Kenntnisnahme.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte, Frau Schwarz!

Ab. Frau **Schwarz** (SPD): Wenn die Unternehmens- und Interessensverbände in der City in der Lage waren, einen solchen Service zu gestalten, meinen Sie nicht auch, dass auf Druck des Wirtschaftssenators eine Einrichtung geschaffen werden kann, in der Kinder betreut werden, während die Eltern ihre Einkäufe tätigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Soweit ich weiß, ist dieser Service ein einmaliger Versuch, auch auf einem anderen Gebiet die Attraktivität der Bremer City zu erhöhen. Wenn ich richtig informiert bin, wird das auch durch öffentliche Zuschüsse gefördert, also nicht allein durch Private beziehungsweise die CityInitiative. Die Erhöhung der Attraktivität ist sicherlich nicht nur ein Bereich allein, sondern es ist eine Vielzahl von einzelnen Bereichen, und genauso wie der Dienstleistungsgedanke, der Servicegedanke eine Rolle spielt, kann sicherlich auch die Frage der Kinderbetreuung eine ganz wichtige Rolle spielen, um die Attraktivität der Bremer City zu erhöhen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wenn da öffentliche Gelder hineinfließen, was ich übrigens für sinnvoll halte, meinen Sie nicht auch, dass eine Kinderbetreuungseinrichtung in der Innenstadt mindestens genauso sinnvoll ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich kann nur wiederholen, was ich eben schon gesagt habe. Wenn Sie mich jetzt hier persönlich als Vater eines neunjährigen Sohnes fragen: Auf alle Fälle! Ich glaube auch, dass der Senat hier, und auch da kann ich nur wiederholen, was Senator Neumeyer mir mit auf den Weg gegeben hat, versucht, entsprechende Ansätze zu verwirklichen, damit dieser Zielsetzung auch entsprochen werden kann.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin?

(Abg. Frau Schwarz [SPD]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Möhle!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gehe davon aus, dass Sie es durchaus für sinnvoll halten würden, wenn es solch eine Einrichtung gibt. Ich frage Sie, ob Ihnen eigentlich bekannt ist, dass es auch private Anbieter gibt! Ich glaube, in Köln und anderen Städten wird das privat gemacht, also Ihr Argument der Finanzierung ist dann auch nur ein halbes Argument.

Der zweite Punkt, das frage ich vielleicht gleich hinterher: Können Sie sich vorstellen, dass es im Rahmen von Wirtschaftsförderung nicht auch eine sinnvolle Maßnahme wäre, das zu tun?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das kann auch im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung organisiert werden, aber das setzt natürlich voraus, dass die Einzelhändler an dieser Stelle auch mit an dem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da sitzen wir, glaube ich, alle in einem Boot, und da kann es nicht angehen, dass einige auf der Kaianlage stehen bleiben und die anderen fleißig rudern und sich wundern, dass wir bei starkem Gegenwind nicht vorankommen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, nur eine kurz Bemerkung! Dass das Problem, den Einzelhandel für gemeinsame Maßnahmen zu gewinnen, immer außerordentlich schwierig ist, ist bekannt. Gleichwohl ist die Frage, ob der Senat die Initiative in die Richtung zu setzen versucht, und ich würde das einfach nur anraten, weil ich glaube, dass es großen Bedarf dafür gibt. Danke!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich kann da nur die Worte des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Pflugradt zitieren, der einmal sagte: „Einzelhändler handeln alle einzeln.“ Daran ist sicherlich etwas. Wir nehmen Ihre Anregung gern mit auf.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde für die heutige Stadtbürgerschaft abgeschlossen.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema eingebracht worden.

Unterrichtsversorgung an Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2005/2006

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/613 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2006

(Drucksache 16/643 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Wewer.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Staatsrat Dr. Wewer, dass Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung hat die Bürgerschaft Unterrichtsausfall und Unterrichtsversorgung an Bremer Schulen debattiert, Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Senat hat sich etwas mehr Zeit gelassen mit der Antwort auf die Große Anfrage „Unterrichtsver-

sorgung an Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2005/2006“, Große Anfrage der CDU und der SPD. Darum debattieren wir dasselbe Thema noch einmal einen Monat später. Das ist in anderen Fällen unglücklich, in diesem Fall ist es sogar gut, damit wir uns in unser Gedächtnis einschärfen können, dass es wichtig ist, dass wir uns um die Unterrichtsversorgung kümmern und dass wir hier auch noch einmal detailliertere Daten haben, als die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgefragt hat.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wir lernen aus dieser Großen Anfrage, dass etwas über vier Millionen Unterrichtsstunden auf dem Stundenplan eines Schuljahres stehen von der Grundschule bis zur beruflichen Schule. Wir lernen aber auch, dass wir hohe Unterrichtsausfallzahlen haben, 94.000 Stunden fallen ersatzlos aus, 141.000 Stunden werden vertreten und 71.000 Stunden werden mitbetreut. Mitbetreut bedeutet, ein Lehrer, eine Betreuungsperson gibt einer Klasse eine Aufgabe und geht danach wieder. Das verbirgt sich hinter „mitbetreut“.

Wir haben zur Kenntnis nehmen können bei der Antwort des Senats, dass wir sehr unterschiedliche Gründe für Unterrichtsausfälle haben. Es ist völlig klar, dass sich bei langwieriger Krankheit Unterrichtsausfälle nicht vermeiden lassen. Es ist genauso klar, dass man in dem Moment, wenn ein Infekt grassiert, so schnell keine Vertretung umgehend organisieren kann. All das kann man erklären, und diese Zahlen, die hier dargestellt sind, sind in einem vertretbaren Rahmen, auch über die Schularten und sogar Regionen gesehen, auch hier gibt es ja sonst Unterschiede.

Es gibt Gründe für Unterrichtsausfälle, die ich nicht akzeptieren kann, das sage ich ganz deutlich. Wenn ich sehe, dass, wenn man fragt, welche Gründe für den Unterrichtsausfall maßgeblich waren, es die Kategorie „sonstige schulische Aktivitäten“ gibt, bei der diese Quote bei 1,3 Prozent des Unterrichtsausfalls liegt, sogar bei 0,4 Prozent, und dann gibt es Schularten, wo sich 6,1 Prozent und 6,4 Prozent, also wirklich eine erhebliche Differenz und ein signifikanter Unterschied, ergeben. Da kann ich nur sagen, wenn man dann nachschaut, dass sich dahinter auch innerschulische Fachtagungen und Konferenzen verstecken, dann muss man, glaube ich, als Bildungsbehörde den Schulen deutlich sagen: Für innerschulische Konferenzen, für Fachtage darf kein Unterricht ausfallen. Das hat diese Koalition auch einmal durchgesetzt, als wir uns 1999 maßgeblich schon einmal um den Bereich Unterrichtsversorgung gekümmert haben. Unterricht hat absolute Priorität, und die Eltern und Schüler haben Anspruch dar-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

auf, dass der Unterricht nach Stundentafel auch erteilt wird,

(Beifall bei der CDU)

und das muss auch für innerschulische Aktivitäten gelten. Es ist zum Glück ja nur in zwei Bereichen, nämlich in den Gesamtschulen und den Schulen der Sekundarstufe I, sodass es hier eine signifikante Verschlechterung im Gegensatz zu allen anderen Schulen gibt, aber auch hier muss gelten, dass für solche Aktivitäten der Unterricht nicht ausfällt.

Wir haben auch abgefragt, wie es eigentlich an den einzelnen Schulen ist. Die Eltern beklagen sich zunehmend über hohe Unterrichtsausfälle, und wir haben vom Senat die Antwort bekommen, dass es zurzeit nur möglich ist, für einzelne Schulen oder Schularten Unterrichtsausfälle dargestellt zu bekommen. Mit der neuen Software - wir gehen ja mit da Vinci und Magellan völlig neue Wege - soll es in Zukunft möglich sein, dass auch für einzelne Klassen der Unterrichtsausfall dargestellt wird. Das halte ich deshalb für ganz wichtig, um den Eltern hier auch transparent aufzuzeigen, welchen Unterricht die Schülerinnen und Schüler eigentlich bekommen haben.

In der verlässlichen Grundschule, in der Ganztagschule ist es möglich, dass die Kinder - und das ist auch gut so - von 8 bis 13 Uhr, von 8 bis 16 Uhr in der Schule sind. Das bedeutet aber ja auch nicht, dass sie den Unterricht in der Zeit dann bekommen. Viele Eltern in der Grundschule beklagen sich darüber, es gäbe viel zu viel Betreuung und viel zu wenig Unterricht, weil der Unterricht ausfalle. Da muss man immer im Einzelfall hinterhergehen. Eine solche Pauschalierung ist natürlich nicht so zulässig, aber es besteht schon die Gefahr, dass in einer Zeit von 8 bis 13 Uhr die Eltern auch nicht mehr groß nachfragen, wie es war, und ich halte es für wichtig, dass die Eltern da hinterhergehen.

Eltern müssen sich in die Schule einbringen, Eltern müssen sich gelegentlich auch einmischen. Eltern müssen dann aber auch klare Antworten bekommen, und darum ist es richtig, dass der Senator für Bildung vorhat, das jetzt nach und nach aufzubauen. Ich würde mir da mehr Tempo wünschen, weil ich es für wichtig halte, dass Eltern klar und transparent aufgezeigt bekommen, welchen Unterricht die Schülerinnen und Schüler im Schuljahr bekommen haben. Eines unserer Probleme in Bremen ist nämlich schlicht und einfach, wenn wir uns den Pisa-Spitzenreiter Bayern anschauen, dass man dort schlicht und einfach viel mehr Unterricht als für die bremischen Schülerinnen und Schüler hat, und darum müssen wir den

Unterricht, den wir nach der Stundentafel vorsehen, zumindest erteilen. Das müsste ja möglich sein.

Schulen werden in die Lage versetzt, durch die flexible Unterrichtsvertretung auch einen eigenen Pool aufzubauen. Da haben wir auch gefragt, nach welchen Kriterien Schulen sich einen solchen Pool aufbauen können. Da sind Lehrkräfte dabei - das müssen auch Lehrkräfte sein -, es ist allerdings eine Kategorie dabei, die heißt „Nicht-Lehrkräfte mit fachnaher Qualifikation“. Ich halte es für ganz wichtig, wenn man so etwas macht, dass man so etwas nur im absoluten Ausnahmefall zulässt, und das ist auch eine Aufgabe der Schulaufsicht. Es kommt im Wesentlichen nicht nur auf eine fachnahe Qualifikation an, es kommt im Wesentlichen auch auf eine pädagogische Qualifikation an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben wir auch bei den Seiteneinsteigern immer gemacht. Vielen Dank, Frau Stahmann, das kommt selten vor!

Es ist ganz wichtig, dass wir Pädagogen an den Schulen haben, die den Stoff, der vermittelt werden soll, den Schülern auch nahebringen können. Wir merken bei den Bademeistern schon, dass das beim Schwimmunterricht nicht immer klappt, weil das keine Pädagogen sind und nicht mit den Schülern richtig umgehen können. Herr Staatsrat, ich würde mich freuen, wenn Sie das Ihrem Senator mitnehmen können. Darauf muss genau geschaut werden, und ich verspreche Ihnen, wir werden da auch nachfragen. Wenn wir Nicht-Lehrkräfte mit fachnaher Qualifikation an den Schulen haben, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass das, was in den Klassen dann passiert - und bei einer Vertretung kann es sich dann beim Krankheitsfall schon einmal um eine mehrmonatige Vertretung handeln -, auch auf einer pädagogischen Grundlage und nicht nur auf einer fachlichen Grundlage passiert.

Bei der Eigenständigkeit von Schulen, die wir ja zwischendurch auch immer wieder einmal diskutieren, wird es so sein, dass Schulen hier eine viel größere Verantwortung bekommen, aber wir dürfen die Schulen dabei nicht alleinlassen. Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass die Möglichkeiten zur Einwerbung solcher Vertretungskräfte sich regional unterschiedlich darstellen, da es ungleiche Bildungsbeteiligungen in den einzelnen Stadtteilen gebe.

Meine Damen und Herren, es muss ja auch Grundlage von Politik sein, dass wir hier nicht stadtteilbezogen arbeiten. Die Unterrichtsversor-

gung muss in Oberneuland genauso gelten wie in Tenever, in Schwachhausen genauso wie in Grohn, und das ist dann wieder eine steuernde Aufgabe des Senators für Bildung. Herr Staatsrat, bei der letzten Debatte im letzten Monat waren Sie nicht dabei, da habe ich dem Senator schon einmal gesagt, dass, wenn Not am Mann ist, auch Ihre Lehrkräfte aus der Behörde ausrücken und dann einmal einen Tag vertreten müssen. Das ist dann vielleicht auch nicht schlecht, wenn sie ein bisschen raue Schulrealität mitbekommen, denn Ihr Dienstgebäude ist vom Anblick her kein Elfenbeinturm, aber gelegentlich hat man den Eindruck, dass in der Behörde nicht alle wissen, was in den Schulen täglich passiert.

Ich verspreche Ihnen, wir werden uns weiter damit beschäftigen, dass die Unterrichtsversorgung in Bremen abgedeckt ist. Wir werden im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung unser Möglichstes dafür tun, werden den Schulen Gestaltungsmöglichkeiten geben, flexible eigene Möglichkeiten zu finden, aber wir werden auch darauf achten, dass Grundsätze wie der, dass der Unterricht nach Stundentafel von Lehrkräften erteilt werden muss, eingehalten werden und nicht irgendwelche Experimente dazu führen, dass die Fortschritte der Bremer Bildungspolitik durch die Hintertür zunichte gemacht werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es gleich vorab und ganz deutlich zu sagen: Für die SPD-Fraktion - und wir haben ja eben gehört, auch für die CDU-Fraktion - hat die Erteilung von Unterricht absolute Priorität, und ich möchte betonen, dass dies seit dem Amtsantritt von Herrn Senator Lemke auch transparent nachweisbar ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

Ich höre, Sie sind begeistert, Herr Rohmeyer, Sie fragen ja immer nach! Ich gehe gleich einmal eben auf Ihre Begeisterung ein, auf die Fragen hinsichtlich des Unterrichtseinsatzes von Behördenmitarbeitern. Ich habe da einen sehr schönen Vergleich im Kopf, den ich hier gleich vielleicht noch einmal anbringe!

Jetzt komme ich aber zu einem ganz ernsthaften Thema, das sind nämlich die sehr engen finanziellen Rahmenbedingungen. Seit zehn Jahren wird im Bildungsbereich gekürzt, gekürzt, gekürzt. Ich könnte Ihnen hier aus dem Stand sagen, welche Auswirkungen das hat, wie sich also die Lehrerzahl verändert hat im Vergleich zur Schülerzahl. Ich will mir das ersparen, und diejenigen, die das interessiert, sollen sich selbst einmal die Mühe machen nachzuschauen, und sie werden feststellen, dass wir mittlerweile - meine Kollegin Frau Wangenheim hat das in den Haushaltsberatungen gesagt, als sie mich krankheitsbedingt vertreten hat - schon auf dem Knochen schaben, und ich glaube, das wird auch deutlich an den Zahlen. Jetzt ein sehr ernsthafter Aspekt: Wir müssen sehen, dass wir die Schulen nicht strangulieren, dass wir immer mehr erwarten und weiterhin dann die Rahmenbedingungen verändern. Jetzt muss hier mit den Einsparungen im Schulbereich Schluss sein!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das übrigens in den Haushaltsberatungen in unserer Fraktion sehr ernsthaft und sehr verantwortungsbewusst diskutiert. Wir haben auch als Bildungsdeputierte einen Vorschlag gemacht, aber wir mussten uns dann darauf einigen, dass wir hier angesichts der Haushaltslage insgesamt keine Verbesserung der Flexibilität und der Einsatzmöglichkeiten hinbekommen konnten. Vonseiten der CDU-Fraktion habe ich da übrigens überhaupt keine Ambitionen, den Unterricht, die Vertretungsreserve zu erhöhen, mitbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht hätten wir dann ja eine Möglichkeit gehabt.

Stunden für unterrichtsferne Leistungen gibt es seit 1999 kaum noch. Das ist transparent nachzuvollziehen. Alles fließt in den Unterricht, und trotzdem fällt Unterricht aus, und das ist natürlich schlecht. Wir können nachvollziehen, warum der Unterricht ausfällt. Das kann man übrigens in keinem anderen Bundesland so transparent wie hier in Bremen. Ich finde, es verdient auch einmal Anerkennung, dass die Behörde, die ja eben hier auch ein bisschen von Herrn Rohmeyer kritisiert worden ist, wie ich finde zu Unrecht, in der Lage ist nachzuweisen - Tag für Tag, Stunde für Stunde -, wo welcher Unterricht ausfällt, und dies auch transparent zu machen.

Wir wissen, dass der tatsächliche Unterrichtsausfall 2,3 Prozent in den letzten drei Jahren beträgt. In Nordrhein-Westfalen sind es übrigens im Vergleich mehr als 4 Prozent. Für die erteilten Vertre-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

tungsstunden und die Aufgabenstellung haben wir seit ungefähr 2001 eine vorbildliche Dokumentation. Wir haben keine Daten für die Privatschulen, das kritisiere ich hier auch, aber ich weiß, dass wir das auch ändern werden und dass sich das im nächsten Jahr ändern wird.

Wir können auch genau sehen, welche Ausbildungs- und Vertretungsstunden transparent gemacht werden, wir wissen, warum Lehrkräfte nicht unterrichten. Ich habe heute Morgen auch überlegt, es ist ja auch jahreszeitlich bedingt, sodass man sich manchmal ein bisschen erkältet fühlt, ob es tatsächlich möglich ist, hier heute herzukommen. Mit Medikamenten geht es dann, aber trotzdem, in dieser Jahreszeit - das sehen wir in den Schulen - fällt mehr Unterricht aus als sonst. Das ist auch, glaube ich, mit den flexibelsten Möglichkeiten zum Teil kaum aufzuhalten.

Die Schulen haben aber ein Instrumentarium, das sich bewährt. Auch das macht die Große Anfrage deutlich. Wir können hierin sehen, dass die Primarstufen und die Schulen der Sekundarstufe I neben einer flexiblen und finanziell unterlegten Unterrichtsvertretung auch sogenannte Feuerwehrlehrkräfte haben, die angefordert werden können. Bewährte Feuerwehrlehrkräfte werden übrigens dann in den Unterricht übernommen. Ich finde, das ist auch eine tolle Möglichkeit. Leider werden nicht bewährte Lehrkräfte nicht zu Feuerwehrlehrern gemacht. Dem widerspricht nicht nur das Personalvertretungsgesetz, sondern der Beamtenstatus. Das aber nur als kleine Anmerkung!

Die flexible Krankenreserve ohne Lehrerfeuerwehr beträgt in den Grundschulen insgesamt 5 Prozent, bei den Schulen der Sekundarstufe I beträgt sie 3 Prozent. Die vorwiegend positiven Erfahrungen der Schulen mit dem flexiblen Budget werden hier dargestellt. Es macht ja auch gar keinen Sinn, früher hatte man Lehrkräften Unterrichtsstunden zur besonderen Verwendung gegeben - Herr Brumma nickt, der erinnert sich noch an seine Zeit als Lehrer -, die haben dann da vielleicht gegessen und hatten gar keine Vertretung. Das ist doch hinausgeworfenes Geld gewesen, meine Damen und Herren! Das haben wir geändert. Jetzt ist das Ganze zu einem Budget gemacht worden und wird finanziell unterlegt an die Schulen verteilt. Die Schulen können also im Bedarfsfall das Geld mobilisieren und müssen nicht jede Woche am Mittwoch in der dritten Stunde eine teuer bezahlte Lehrkraft sitzen haben, die möglicherweise überhaupt nicht zum Einsatz kommt.

Ich glaube, dass wir hier insgesamt nicht nur die Stadtbürgerschaft, sondern auch die Behörde überfordern, wenn wir jetzt sagen, jetzt müsse alles noch sehr viel transparenter sein. Der Bildungssenator - bitte nehmen Sie das für den Bildungssenator mit! - wird hier von der CDU machtvoll aufgefordert, dass er dafür sorgen solle, das noch deutlicher zu machen. Ich finde, meine Damen und Herren, das ist auch etwas - ich habe das letztes Mal schon gesagt - für die Aktion „Schredder des Monats“.

Wenn wir jetzt anfangen, wirklich jedes Mal nachzufragen, warum wer zu welcher Stunde keinen Deutschunterricht erteilt hat, wer eher gegangen ist, welche Ursachen es hierfür gegeben hat, so finde ich, vieles gehört auch in die Schulen, und der Weg der Eigenständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen beinhaltet natürlich auch, dass man sich darum kümmert. Die Schulen haben dieses Budget, und ich finde, wir müssen den Schulen noch sehr viel mehr Budget geben und sie dann auch vom Gängelband der Politik loslassen. Ich bin nämlich sicher, dass sie das sehr viel besser machen können, als wir es hier in unseren schönsten Sonntagsreden verkünden und anregen können.

Ich glaube, dass Unterrichtsausfall schlecht ist. Ich habe versucht, Ihnen zu belegen, dass es durch einen ganz kreativen und flexiblen Maßnahmenkatalog gelungen ist, trotz der massiven Kürzungen in den letzten 10 Jahren im Bildungsbereich hier den Unterrichtsausfall in erträglichen Grenzen zu halten. Ich weiß, dass in einzelnen Bereichen, manchmal auch durch ganz tragische Ereignisse, der Unterrichtsausfall nicht aufzuhalten ist und dann auch durch die Zunahme der Schwierigkeiten, geeignete Lehrkräfte zu bekommen, auch die Behörde, selbst wenn sie flexibel einstellen kann, Probleme hat, dieses Problem dann schnell zu lösen. Aber, meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, wenn wir den Schulen noch mehr Budget geben und ihnen noch mehr Möglichkeit geben zu reagieren, dass wir dann bessere Ergebnisse erzielen.

Für die SPD-Fraktion erkläre ich ganz deutlich, dass Unterricht von Lehrkräften gemacht werden muss. Soweit treffen wir uns dann wieder, Herr Rohmeyer, und damit Friede, Freude, Eierkuchen zum Schluss! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat Frau Kollegin Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/ Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, das mit Friede, Freude, Eierkuchen nehme ich jetzt nicht als Aufhänger, Frau Kollegin Wangenheim.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ich wollte frohe Weihnachten wünschen!)

Ich hatte zuerst überlegt, ob hier so etwas wie Bürgerschaftsdebatten-Karaoke stattfindet, dass Herr Rohmeyer und Frau Hövelmann ihre Debatten vom letzten Mal ausgetauscht haben. Aber als das mit dem Schredder kam, erinnerte ich mich, dass Frau Hövelmann das beim letzten Mal schon gesagt hat.

(Abg. Hövelmann [SPD]: Ja, habe ich auch gesagt!)

Ja, ich möchte darauf eingehen, dass hier von der Rednerin und dem Redner der Großen Koalition so betont wird, dass die Erteilung - ich habe es mir aufgeschrieben, das ist so ein schöner Allgemeinplatz - des Unterrichts oberste Priorität hat. Da muss man aber auch aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das nicht zu so einer Art von Schüttelscheck wird. Also, es wird etwas gesagt, was wahr ist, alle versammeln sich dahinter und sagen: Jawohl, Unterricht ist wichtig. Aber die Große Koalition muss sich doch an dieser Stelle auch fragen lassen, was die Kürzungen, die in den letzten Jahren vorgenommen worden sind, bei der Lehrerversorgung ausgelöst haben. Da habe ich überhaupt kein Eingeständnis gesehen, dass da vielleicht auch etwas falsch gelaufen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Habe ich doch gesagt, Frau Stahmann!)

Ja, Kollegin Hövelmann, da muss man auch sagen, die Kürzungen, die die Große Koalition im Rahmen der letzten Haushaltsberatung beschlossen hat, müssen zurückgenommen werden. Da muss die Koalition hier einen Antrag vorlegen, dem stimmen wir dann auch gern zu. Aber das habe ich nicht gehört, auch nicht von Herrn Rohmeyer beim letzten Mal, als es um die Unterrichtsversorgung und den Unterrichtsausfall ging, den wir hier thematisiert haben, und als die Große Koalition dann hinterhergehechelt kam mit einer Anfrage.

Jawohl, Herr Kollege Rohmeyer, so ist es doch gewesen! Deswegen hat der Senat auch nicht so

schnell antworten können. Aber da muss man doch einmal eingestehen, dass die Große Koalition in den letzten Jahren hier im Land Bremen massiv Lehrerstellen gespart hat und wir uns jetzt im Vergleich mit den anderen Stadtstaaten auf dem letzten Platz befinden. Das hat doch ganz gewaltig etwas mit diesem Thema zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Also, es gibt Unterrichtsausfall, er ist nicht vermeidbar. Lehrer werden krank. Wir haben eine Altersstruktur, die sehr ungünstig ist im Vergleich mit anderen Bundesländern. Wir haben sehr viele ältere Lehrer, obwohl ich auch selbst erlebe, dass gerade die älteren Lehrer auch krank in die Schule gehen. Man kann nicht sagen, ältere Lehrer ab 55 Jahre kommen, wenn sie krank werden, nicht mehr in die Schule. Das will ich nicht sagen. Aber im Alter nehmen auch Langzeiterkrankungen zu, und davor ist niemand gefeit, auch kein Schulleiter, der sich bemüht, möglichst den gesamten Unterricht an der Schule erteilen zu lassen.

Deswegen kann auch der Bildungssenator nicht sagen, dass er die Garantie für Unterrichtsausfall geben kann, so wie man das in anderen Bundesländern versucht. Man versucht ja, das als Wahlkampfslager zu machen, zumeist in CDU-geführten Ländern, dass man sagt Unterrichtsgarantie plus. Da kann ich aber nur sagen, das wird nicht klappen. Bei der besten Lehrerausstattung wird es nicht klappen.

Ich finde es erfreulich, dass die Große Koalition jetzt hier noch einmal weitere Zahlen auf den Tisch legt. Wir sehen aber auch ganz deutlich, dass in Bremen eine ganze Menge „Daddelstunden“ an den Schulen abgehalten werden, nämlich 94.000 Stunden fallen aus, das hat Kollege Rohmeyer gesagt. Eine große Anzahl an Stunden wird nur mitbetreut, sprich, die Tür steht offen, ein anderer Lehrer legt Aufgaben auf den Tisch und sagt, hier, spielt einmal Käsekästchen oder löst einmal im Buch Seite 4 Aufgabe 3a und 3b. Das ist schon ein positiver Fall. Aber oft werden eben auch Bilder gemalt, oder es wird etwas gebastelt. Das hat zur Folge, dass auch der Unterricht in der Regelklasse nicht mehr vernünftig abgehalten wird. Deswegen gibt es auch eine ganz große Grauzone von Unterrichtsausfall.

(Abg. Hövelmann [SPD]: Na ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da muss man nicht na ja sagen, Kollegin Hövelmann, aus dem Pisa-Tränental werden wir nicht herauskommen, wenn wir sagen, dass die anderen noch mehr Unterrichtsausfall haben. Bremen kann es sich einfach nicht leisten, Unterricht im großen Umfang

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

ausfallen zu lassen. Deshalb ist es auch wichtig, darüber nachzudenken, dass die Lehrerfeuerwehr aufgestockt wird.

Herr Kollege Rohmeyer, ich habe vor 4 Wochen dem Bildungssenator gesagt, wir würden vorschlagen, dass die Lehrerfeuerwehr aufgestockt wird. Er hat sich aber zu dieser Frage immer noch nicht verhalten. Das bedauern wir außerordentlich. Wir haben auch Vorschläge gemacht, dass sogenannte Musterstunden erarbeitet werden. Bei dem Vorschlag mit der Statistik haben wir ja aufgeklärt, woran es lag, dass es da zu Missverständnissen gekommen ist. Aber, wie gesagt, die Grünen haben Vorschläge gemacht, was als erster Schritt geleistet werden kann. Darauf hat der Bildungssenator leider nicht reagiert.

Ein anderes Problem, das ich ansprechen möchte, ist, darauf wird in der Großen Anfrage eingegangen, es gibt Probleme, Lehrer zu bekommen. Wenn Lehrer krank werden in den Fächern Latein, Physik, Spanisch, bekommt man sehr schwer Ersatz. Jetzt habe ich aber auf der anderen Seite gehört, dass die Niedersachsen im Augenblick unheimlich findig sind und schauen, wo es an den Bremer Schulen Referendare und Referendarinnen gibt, die einen guten Abschluss machen werden, und diese werden rechtzeitig angesprochen. Ich habe gehört - Herr Staatsrat Wewer, vielleicht können Sie dazu auch nochmal Stellung beziehen -, dass die Niedersachsen mittlerweile eine richtige Taskforce zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern haben.

Da höre ich nun viel Kritik von Schulleitungen, die sagen, dass sie beim Bildungssenator auf der Matte gestanden haben, nicht einmal, nicht zweimal, nicht dreimal, dass sie einen bestimmten Referendar haben wollten, der genau die Fächer hat, die an ihrer Schule gebraucht werden, und - Herr Bürger hat es auch in der Bildungsdeputation angesprochen, Kollege Rohmeyer - es ist nichts passiert oder es ist zu wenig passiert, oder zu spät passiert.

Es sind hier in Bremen im Augenblick bereits viele gut ausgebildete junge Lehrer und Lehrerinnen abgeworben worden. Das ist schade. Wir brauchen als Bundesland die Lehrer, die wir hier ausgebildet haben. Bremen muss einfach hier auch einen Zahn zulegen und schneller einstellen.

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich möchte jetzt auch nicht so viele Punkte wiederholen, die von meinem Vorredner und meiner Vorrednerin schon gesagt worden sind. Wir haben beim letzten Mal gesagt, dass Bremen bei der Schüler-Lehrer-Relation zurückgefallen ist. Das ist

ein Negativwettbewerb, und wir werden es uns in den nächsten Jahren nicht leisten können, noch weiter Lehrerstellen abzubauen. Wir brauchen Lehrer zur Erteilung des Unterrichts.

Jetzt klingeln mir schon wieder die Ohren. Da sagen Herr Rohmeyer und Frau Hövelmann, dass Unterricht nur von Lehrern und Lehrerinnen erteilt werden darf. Aber es ist doch schon der Fall, Kollege Rohmeyer. Ich hatte in der letzten Fragestunde vor 4 Wochen die Frage nach der Grundschule an der Nordstraße. Dort ist es so, dass die Klassenlehrerin der ersten Klasse ausgefallen ist und die Klasse seit Schuljahresbeginn jetzt von einer Kunstpädagogin fortgeführt wird. Diese Kunstpädagogin hat aber kein Lehrstudium. Ich finde, da hätten Sie mich auch unterstützen können hier im Haus, dass der Bildungssenator hier einmal ein bisschen Dampf macht und auch für eine adäquate Vertretung sorgt. Wenn Sie sagen, dass nur Lehrer Unterricht machen dürfen, dann erwarte ich auch, dass die Koalition das ernst meint und hier nicht nur warme Worte von vorne verliert.

(Beifall beim Bündnis 90 /Die Grünen)

Wir als Grüne erwarten, dass die Große Koalition unseren Anträgen, die ja bei den nächsten Haushaltsberatungen sicherlich hier wieder gestellt werden, dann auch zustimmt. Viel mehr hoffe ich, dass es die Große Koalition dann an dieser Stelle auch nicht mehr gibt. Herr Rohmeyer, das wollte ich noch einmal sagen, darauf haben Sie ja auch gewartet, ich habe das schon an Ihrem Gesicht gesehen. Wir wollen, dass der Senator klar sagt, wie viel Unterricht ausfällt. 2,3 Prozent ist geschönt, es fällt mehr Unterricht aus. Das habe ich jetzt auch der Rede von Herrn Rohmeyer entnommen, dass die CDU zumindest eingesteht, dass mehr Unterricht im Land Bremen oder in der Stadt Bremen ausfällt. In Bremerhaven ist es ja nicht besser, es fällt dort auch sehr viel Unterricht aus. Dieses Thema muss in den nächsten Monaten zum Topthema werden. Unterrichtsausfall muss bekämpft werden. Es müssen Lehrer eingestellt werden. Das sind die Fragen, die uns in den nächsten Monaten begleiten werden. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Kollege Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, das war

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

auch das erste Mal, dass Sie sogar Unterstützung erbeten haben. Bei vielen Ihrer Projekte ist das natürlich schlicht abwegig, aber gelegentlich trifft man sich ja auf dem richtigen Pfade immer wieder. Von daher würde ich mir natürlich auch öfter einmal wünschen, dass die Grünen hier nicht nur Zeter und Mordio schreien, sondern auch einmal anerkennen, was diese Koalition zur Verbesserung des bremischen Schulsystems alles geleistet hat.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Wo?)

Auch das gehört ja dann zur Wahrheit! Zur Wahrheit gehört auch, dass diese Koalition 1996 angefangen hat, erstmals wieder kontinuierlich Lehrkräfte einzustellen. Wenn ich mich recht entsinne, haben in den Jahren davor, als die Grünen Regierungsverantwortung trugen und zumindest auch Frau Linnert einer Regierungsfraktion angehörte, die Grünen nicht einen einzigen Lehrer in Bremen eingestellt. Von daher haben wir seit 1996 etwas getan. Die Zahlen dazu werden wir Ihnen demnächst vorlegen, liebe Damen und Herren von den Grünen!

(Abg. Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Bilanz wird angekündigt! - Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Wahlkampf!)

Wir brauchen an den Schulen Lehrkräfte, die den Unterricht beherrschen und auch motiviert sind. Das ist der Grund, weshalb wir gesagt haben, dass wir kontinuierlich Lehrkräfte einstellen. Jedes Jahr seit 1996 ist das geschehen, und es ist richtig, dass im selben Zeitraum zum Teil auch mehr Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausgeschieden sind.

In Ihrer Großen Anfrage haben Sie die aktuellen Zahlen der Schüler-Lehrer-Relation abgefragt. Von daher kann ich da auf die Antwort des Senats auf Ihre Große Anfrage verweisen. An den allgemeinbildenden Schulen ist die Schüler-Lehrer-Relation in den letzten Jahren von 15,7 auf 15,8 abgesunken, das ist minimal. Sie können hier nicht sagen, dass hier massiv gekürzt wurde. Das ist dann wieder ein etwas billiger Populismus, Frau Stahmann.

Es ist so, dass viele Lehrkräfte vom Bildungssektor bezahlt wurden, die nicht mehr an den Schulen waren. Da haben wir natürlich im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gesagt, dass Lehrkräfte, die in der Stadtbibliothek sind, die in irgendwelchen anderen Einrichtungen sind, dann eben nicht mehr vom Bildungssektor bezahlt werden. Da ist dann auch massiv etwas verändert worden. Dies aber hier wieder zu in-

strumentalisieren suchen, liebe Frau Stahmann, ist ein wenig billig.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, auch das nur als eine kurze Randbemerkung, es nicht nötig, uns von Ihnen die Themen vorgeben zu lassen. Wir haben diese Große Anfrage nicht wegen Ihrer Großen Anfrage gestellt, sonst hätten wir nämlich nicht diese beiden verschiedenen Debatten hier geführt. Wir haben unterschiedliche Ansätze gehabt. Wir haben als CDU, das nehme ich für uns in Anspruch, maßgeblich hier Themen gesetzt in dieser Legislaturperiode. Es ist manchmal etwas schwierig, mit dem Koalitionspartner dann die Abstimmung zu erreichen, weil wir beide sehr aktiv sind in diesem Bereich.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war aber ein schönes Kompliment!)

Darum ist es sicherlich auch so, dass manche Themen sich dann doppelten, weil ja auch Sie sehen, was wir machen, und versuchen, Ihren Profit daraus zu saugen, Frau Stahmann.

Für uns ist es eine wichtige Aufgabe, dass wir gemeinsam die Unterrichtsversorgung vorantreiben. Frau Hövelmann meint ja, ich hätte das Ressort stark kritisiert. Ich glaube, dass es keine Kritik ist, wenn man sagt, dass man sich wünscht, dass die Eltern Klarheit darüber bekommen, wie es in ihrer Klasse aussieht. Darauf haben die Eltern einen Anspruch, Frau Hövelmann, und wenn Sie das als Kritik am Ressort auffassen, ist das vielleicht ein bisschen dünnhäutig, aber das Ressort wird sich manches anhören müssen manchmal, so ist das, immer mit dem Ziel natürlich, dass das Ressort seine Arbeit dadurch verbessert. Das ist ja auch unsere Aufgabe hier. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Hövelmann.

Abg. **Hövelmann (SPD)**^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nur zwei Anmerkungen. Die eine zu Ihnen, Frau Stahmann: Ich bin ja gut vorbereitet ab und zu, und Sie haben hier noch einmal die Schule Nordstraße genannt. Wir haben das ja in der letzten Fragestunde hier gehabt, und ich habe mir die Antwort des Senats geben lassen und sie jetzt auch noch einmal mitgebracht, weil ich schon gedacht habe, mögli-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

cherweise kommt Frau Stahmann wieder damit. Das finde ich nicht in Ordnung, dass Sie hier diese Sachen wiederholen, mit Ihren „Daddelstunden“ und so weiter, das will ich Ihnen zugestehen, aber dass Sie hier eine Schule an den Pranger stellen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Bildungssenator, Frau Hövelmann! Das ist ein Unterschied!)

Ich erlaube mir mit Genehmigung des Präsidenten, die Antwort zu der Unterrichtsversorgung in der entsprechenden Klasse noch einmal kurz zu wiederholen. Hier ist gesagt worden, es stelle eine starke Belastung dar.

„Durch den Einsatz einer erfahrenen Vertretungskraft, die seit einem Jahr an der Schule Vertretungsunterricht gibt, konnte der Unterricht der Klasse gewährleistet werden. Die Vertretungskraft arbeitet eng mit den Lehrkräften der Parallelklassen zusammen und stimmt sich fachlich mit ihnen ab. Ein Mitglied der kommissarischen Schulleitung hat regelmäßigen Einblick in die Situation der Klasse. Dienst- und Fachaufsicht führt unangekündigte Hospitation durch“, und es steht auch noch weiter, dass die Unterrichtsinhalte und die Situation in der Klasse der ersten Jahrgangsstufe angemessen sind und die Schüler ein gutes Verhältnis zur Vertretungskraft haben.

Ich wollte das nur deutlich machen, damit hier nicht öffentlich der Eindruck entsteht, dass die Vertretung in Fällen, in denen eine langfristige Erkrankung aus Sicht der Behörde und auch aus unserer Sicht, die wir ja als Politiker die Verantwortung dafür haben und die Behörde kontrollieren müssen, luschtig gemacht wird, sondern dass sie in solchen Fällen ordentlich arbeitet. Das wird sehr verantwortungsbewusst in diesem Fall gemacht. Deshalb nehme ich mir auch die Freiheit, das hier noch einmal deutlich zu sagen, um damit hier nicht den öffentlichen Eindruck sich verfestigen zu lassen, dass überall „Daddelstunden“ sind. Damit werden wir nämlich auch den Lehrkräften, die es auf sich nehmen, in schwierigen Zeiten wie jetzt bei Grippewelle und so weiter zu sagen, okay, dann fühle ich mich verantwortlich für zwei Klassen in der verlässlichen Grundschule, um niemanden nach Hause zu schicken, nicht gerecht mit so einem Vorwurf.

Ich stimme Ihnen zu, dass es sehr viel besser und einfacher wäre, wenn wir mehr Geld oder mehr Vertretungskräfte hätten, aber die Verhältnisse sind nicht so. Wenn Sie in der Regierung wären, würden Sie auch sehen, dass man einen Euro nur einmal ausgeben kann und man sich dann über-

legen muss, wo und wie man im Rahmen von bestimmten Budgets steuert. Soweit zu dem Thema!

Herr Rohmeyer, ich stimme Ihnen völlig zu, dass es richtig ist, dass die Eltern eine Transparenz über den Unterrichtsausfall haben müssen, das habe ich eben schon gesagt. Vorhin, als Sie sagten, da soll aus der Behörde dann einmal eine Vertretung gemacht werden, habe ich gedacht, ich würde ja zu gern sehen, weil ich mich darüber fast täglich ärgere, dass es aus dem Ressort von Herrn Neumeyer einmal ein Alle-Manns-Manöver wäre: Alle gehen jetzt einmal zu dieser Wahnsinnsbaustelle am Leibnizplatz - die nervt den gesamten Bremer Süden und die Pendler seit ein-einhalb Jahren - und nehmen einmal die Schaufel und zapfen vielleicht auch Unkraut und sorgen dafür, dass die Leute endlich einmal auch jetzt im Sinne der Wirtschaftskraft hier von Bremen ungestört in die Innenstadt kommen. Dann können wir uns treffen, und dann glaube ich, dass das Ressort von Senator Lemke mit einem Beispiel vorgeht, wenn wir diesen Missstand endlich beheben - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, hat Frau Kollegin Hövelmann gesagt. Das hätte ich mir allerdings auch bei anderen Diskussionen hier im Haus häufiger gewünscht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Große Koalition hat ja auch die Euros von meinen Kindern, und wenn ich einmal Enkel habe, auch von meinen Enkelkindern schon verpulvert. An vielen Stellen bezahlen wir dann ja noch immer ab. Ich sage einmal, bei Bildung hätte ich mir manches Mal auch hier die Unterstützung von Herrn Perschau, von Herrn Schrörs und Herrn Pflugradt gewünscht, indem sie auch einmal sagen, in diesem Bereich muss mehr investiert werden. Ich hoffe und setze darauf, dass sich diese Erkenntnis auch noch einmal hier durchsetzt. Hier aber zu sagen, jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, und uns das als Vorwurf zu machen, das finde ich falsch.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Der Pressesprecher des Bildungssenators hat gesagt: Abwegig, was die Grünen sagen, 2,3 Prozent, da stehen wir doch gut da, 2,3 Prozent, das ist doch fast gar nichts, das ist doch unter 5 Prozent! Jetzt wird auf die Antwort der Großen Koalition gesagt: Es gibt aber Schulen - ich lese das einfach einmal vor -, die massiv Unterrichtsausfall haben. Das sind die Schulen in der Helgolander Straße, Julius-Brecht-Allee, die Schule in Obervieland, Leibnizplatz, die Pestalozzischule, der Buntentorsteinweg, Wilhem-Kaisen-Schule, die Berufsschule für Groß- und Außenhandel und Verkehr, das Ellener Feld - jetzt Albert-Einstein-Schule - und die Schaumburger Straße. Alle diese Schulen hatten einen Unterrichtsausfall von weit über 2,3 Prozent. Die Schaumburger Straße, die ich zuletzt genannt hatte, hatte einen Unterrichtsausfall von 5,6 Prozent, das ist mehr als doppelt so viel, und die Helgolander Straße hatte sogar einen Unterrichtsausfall von 8,5 Prozent.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wenn wir sagen, ein Schüler geht 10 Jahre lang zur Schule, und wenn jedes Jahr 10 Prozent des Unterrichts ausfallen, fehlt am Ende einer Schülerkarriere ein ganzes Jahr an Lernstoff. Das muss man sich auch noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass Unterrichtsausfall hier ein großes Problem darstellt und bekämpft werden muss.

Herr Kollege Rohmeyer, ich habe mir auch Zahlen mitgebracht. Sie sagen hier unter dem Motto, die Ampel ist schuld, oder Fücks ist schuld, das war immer ein beliebter Zwischenruf, den wir hier gehört haben. Ich sage einmal: Die GEW hat noch einmal auf der letzten Personalversammlung darauf hingewiesen, dass in den letzten 10 Jahren - da haben die Grünen schon nicht mehr regiert -, wir 5100 Lehrer hatten, und jetzt sind wir bei 4300 Lehrern angekommen. Da kann ich nicht feststellen, dass die Große Koalition die Zahl der Lehrer gesteigert hat,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Perschau [CDU]: Kann es sein, dass die Schülerzahlen zurückgegangen sind?)

oder ich habe etwas falsch verstanden in der Schule! Sich jetzt also hier hinzustellen und zu sagen, die Grünen hätten die Schulen kaputtgespart, das halte ich für falsch.

Richtig ist, Herr Kollege Rohmeyer, dass man im Stadtstaatenvergleich hinsieht, dass man da zu vernünftigen Relationen kommt. Bremen war dort mit der Lehrer-Schüler-Relation über den Durst und hatte viele Lehrer in andere Funktionen abgeordnet. Das erkenne ich ja an, aber sich jetzt hier einen weißen Fuß zu machen und zu sagen, die Grünen wären diejenigen gewesen, die die

Lehrer alle weggespart haben, das ist falsch, und das halte ich an dieser Stelle auch für unfair.

Abschließend wollte ich noch etwas sagen zum Programm „Geld statt Stellen“! Das wird ja auch noch einmal hier in der Vorlage positiv hervorgehoben. Wir stehen vor dem Grundproblem, dass die Schulleiter auf der einen Seite froh sind, dass sie Geld bekommen, aber dass andererseits mittlerweile Lehrer Mangelware sind. Die Lehverbände bundesweit rechnen damit, dass bis zum Jahr 2010 75.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Auch diese Tatsache muss man in Bremen sehr wohl jetzt bei der Einstellungspraxis berücksichtigen.

Wir müssen einstellen, damit wir auch eine gute Alterspyramide haben, damit wir nicht in 20, 30 Jahren wieder so eine Schräglage haben, dass wir sehr wenig Junge haben und sehr viele Alte. Wir müssen altersgemischt einstellen, und Bremen muss auch darüber nachdenken, Andersqualifizierte, zum Beispiel Diplomchemiker, umzuschulen auf Lehramt Chemie an Schulen, auch für Diplomphysiker, von denen es ja auch Arbeitslose gibt, so wie die Universität Göttingen das positiv vorgemacht hat, ein Quereinsteigerstudium für Akademiker aufzulegen,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das gibt es doch!)

um eben Lehrerberarf hier zu decken. Das gibt es, aber, und die Uni Göttingen macht es viel besser, Niedersachsen schafft es einfach, den Lehrerberarf an diesen Punkten, in diesen Mangelfächern, Herr Kollege Rohmeyer - es geht ja um die Mangelfächer Chemie, Physik, es geht auch um Spanisch - dort zu befriedigen. Da sehen wir noch Nachholbedarf. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Staatsrat Dr. Wewer.

Staatsrat Dr. Wewer: Ich bedanke mich, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Gelegenheit, in Ergänzung der schriftlichen Antwort hier noch einige Anmerkungen, Klarstellungen, Antworten auf die nachträglich formulierten Fragen loswerden zu können! Zunächst einmal interpretieren wir es so, dass nach gut einem Monat bereits wieder dieses Thema in dem Hohen Haus diskutiert wird, als ein massives Interesse an diesem Thema. Das finden wir positiv, das haben wir auch, und wir sind für alle Unterstützung auf diesem Gebiet dankbar. Ich habe in den Redebeiträgen von Herrn Rohmeyer, Frau Hövelmann und auch von Frau Stahmann sehr viel gehört, was wir absolut als Unterstützung

empfinden. Wir haben da keinen Dissens, deswegen möchte ich mich jetzt auf ein paar Nuancierungen konzentrieren, die davon abweichen.

Das eine, was wir, glaube ich, gelegentlich zu wenig darstellen, ist die Botschaft, dass wir in einem Schuljahr in Bremen fast 4 Millionen Unterrichtsstunden positiv organisieren. Die finden statt - das ist zum großen Teil guter Unterricht -, das ist eine gigantische Leistung, und ich finde es gelegentlich etwas bedauerlich, dass wir uns immer darauf konzentrieren, was nicht funktioniert. Das ist etwas, um das wir uns kümmern müssen, das bestreitet auch niemand, aber es schadet nichts, gelegentlich auch einmal zu sagen, dass fast 4 Millionen Unterrichtsstunden hier in Bremen organisiert werden.

Von den rund 300.000, die in einem Jahr im Durchschnitt gefährdet sind, gelingt es immerhin, 200.000 durch Vertretungsunterricht und auch durch Betreuung und Aufgabenstellung aufzufangen. Das heißt, zwei Drittel dessen, was im Risiko ist, durch Krankheit, durch andere Ursachen, wird immerhin aufgefangen. Leider, das bedauern wir alle gemeinsam, gelingt das dann in 94.000 Stunden nicht. Das ist nicht schön, aber das ist immerhin von den Stunden nur ein Drittel, und wir kümmern uns auch gemeinsam darum, dass wir diese Zahlen noch weiter absenken können.

Was ich nicht positiv finde, Frau Stahmann, wenn ich das sagen darf, ich weiß, dass Sie es nicht ganz so böse meinen, aber es kann so verstanden werden: Das sind nicht alle „Daddelstunden“, die dort stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, da wird man denjenigen, die diese Stunden geben und verantworten, nicht gerecht. Ich will nicht bestreiten, dass es hin und wieder auch Stunden darunter geben mag, die an dem Qualitätskriterium, das uns auch vereint, vielleicht nicht das Optimum darstellen, aber dass das nur Gedaddel ist, was da stattfindet, ich glaube, das wird der Situation nicht gerecht. Wir sind uns einig in vielen Punkten, unter anderem, dass Unterricht absolute Priorität hat, dass Unterricht von ausgebildeten Lehrkräften organisiert werden soll und so weiter. Das muss ich hier nicht wiederholen.

In zwei Punkten würde ich gern sanften Widerspruch, Herr Rohmeyer, zu Ihnen anmelden! Das eine ist: Das eigentlich Erstaunliche bei den Pisa-Studien und anderen Leistungsstudien war ja, dass die Anzahl der Unterrichtsstunden keine Korrelation hat zu den Ergebnissen. Das ist das eigentlich Erstaunliche bei diesen Studien gewesen. Einer der Pisa-Forscher hat es einmal so ausge-

drückt: Wenn der Unterricht schlecht sein sollte, dann hilft es vielleicht auch nicht viel, wenn man mehr davon bekommt. Das heißt, wir müssen an der Qualität des Unterrichts interessiert sein. Ich glaube, dass wir da auch einig sind. Was ich auch gern, Herr Rohmeyer - das werden Sie verstehen! -, in aller Deutlichkeit zurückweisen möchte, ist, dass Sie sagen, nicht alle in unserer Behörde würden etwas von Schule verstehen. Das, glaube ich, werden sie verstehen!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie haben gesagt, nicht alle in der Behörde wüssten, was in der Schule wirklich passiert! Die raue Wirklichkeit der Schule! Gleichwohl glaube ich, dass meine Kolleginnen und Kollegen in der Behörde schon wissen, was in den bremischen Schulen vorgeht, und Sie werden Verständnis haben, dass ich das hier auch noch mal klar und deutlich sagen möchte.

Bei der Frage regional unterschiedlicher Bildungslandschaften hat es, glaube ich, ein Missverständnis gegeben. Wir haben festgestellt, dass dort, wo hinreichend pensionierte Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte und andere wohnen, es leichter ist, Pools zu organisieren als in Wohngegenden in Bremen, wo das nicht der Fall ist. Das ist einfach das, was sich hinter dieser Aussage verbirgt. Das ist gleichzeitig eine Überleitung zu dem, was Frau Stahmann gesagt hat, Frau Stahmann, ich finde es ganz positiv. Das, was Sie von Göttingen erzählt haben, diese Ergänzungsstudiengänge, habe ich in meiner Zeit, als ich noch Kultusstaatssekretär in Niedersachsen war, mit auf den Weg gebracht mit Frau Professorin Lemmermöhle. Insofern freue ich mich, dass Sie das positiv würdigen.

Ich weiß aber auch aus dieser Zeit, was die Mobilität von Lehrkräften angeht: Hessen hat seinerzeit - das haben alle anderen Länder damals abgelehnt - mitten im Schuljahr angefangen, Lehrer abzuwerben. Man hat aber festgestellt, dass die Mobilität von Lehrkräften sehr begrenzt ist. Es waren damals trotz massiver Werbekampagne nicht einmal zwei Hände voll, glaube ich, die über die hessische Grenze gegangen sind.

Das Hauptproblem, das Sie heute haben, in einem Flächenstaat wie Niedersachsen noch viel größer als zum Beispiel in einem Stadtstaat wie Bremen, ist: Sie haben regionale Engpässe. Sie bekommen in Niedersachsen Leute, die in Göttingen oder Hannover studiert haben, nicht nach Stade. Das ist das Problem. Sie warten lieber in Hannover drei, vier oder mehr Jahre, bis sie dort einen Platz bekommen, anstatt umzuziehen und ihren

Lebensmittelpunkt zu verändern. Das ist das Problem in Flächenstaaten. Das ist in Stadtstaaten ein bisschen anders, aber auch da ist es gelegentlich schwieriger, jeden Morgen 8 Straßenbahnstationen weiter fahren zu müssen.

Das andere Problem sind die fachlichen Engpässe. Es studieren leider nicht genügend junge Menschen bestimmte Lehrfächer, das ist ein Engpass. Das gilt nicht nur für die naturwissenschaftlichen Fächer, das gilt im Übrigen auch für Musik und für andere Fächer, und Sie können die Leute leider nicht zwingen, das ist das Problem, ein bestimmtes Fach zu studieren. Also, es gibt regionale Engpässe und fachliche Engpässe.

Dann gibt es aber wiederum auch Studiengänge, da gibt es immer noch Lehrerüberhänge en masse. Das heißt, leider passen hier Angebot und Nachfrage nicht optimal zusammen. Wir bemühen uns im Rahmen der Werbung, die wir an Hochschulen machen, an Schulen und in anderen Bereichen, das dichter aneinander zu bekommen, aber da Sie niemanden verpflichten können, einen bestimmten Studiengang zu wählen, wird das immer eine anspruchsvolle Aufgabe bleiben.

Auch die Alterstruktur ist ein Problem. Wenn Sie die Antwort auf die Anfrage sehen, sind manchmal nicht nur die Alten ein Problem, die lebensälter sind und vielleicht auch anfälliger sind für Krankheiten. Das mag so sein. Da es uns aber gelungen ist, in den letzten Jahren - Herr Rohmeyer hat ja auf die Anstrengungen der Koalition hingewiesen - auch durchaus jüngere Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, haben wir insbesondere ein Problem auch mit jüngeren Lehrerinnen, die dann schwanger werden und länger in den Schulen ausfallen. Das finden wir im Prinzip positiv, aber für die Schulorganisation ist das natürlich auch ein Problem. Hinsichtlich der Frage Taskforce Niedersachsen kann ich gern mit meinem Kollegen, den treffe ich ja hin und wieder, noch einmal reden, ob sie eine solche Taskforce haben. Ich glaube, dass das weit übertrieben wird mit dem Abwerben.

Referendare, die in einer Schule in Bremen arbeiten, gut mit den Kollegen zurechtkommen, gut mit den Schülerinnen und Schülern und mit den Eltern zurechtkommen, möchten die Schule natürlich behalten. Die Schulbehörde allerdings ist gehalten, bei Einstellungsverfahren bestimmte Kriterien einzuhalten, sonst verlieren wir jedes Verfahren. Dann mag es im Einzelfall sein, dass jemand, der an einer bestimmten Schule besonders gut angekommen ist und man ihn dort gern im Kollegium hätte - womit ich gar kein Problem habe -, dann möglicherweise nach Niedersachsen abwandert. Das muss aber in der Regel an Kriterien

liegen, die wir leider in solchen Verfahren generell anlegen müssen. Das heißt, andere Leute haben bessere Abschlussnoten oder ähnliche Dinge. Ich glaube also, dass das in der Größenordnung weit überschätzt wird. Allerdings werde ich der Sache dann intensiv nachgehen.

Der letzte Punkt, den Sie genannt haben: Es fällt mehr Unterricht aus, als wir darstellen. Das ist nicht der Fall. Übrigens liegt Baden-Württemberg beim Unterrichtsausfall bei 3,1 Prozent und Nordrhein-Westfalen bei 4,5 Prozent, das sollte man vielleicht bei der Gelegenheit auch noch einmal sagen. Natürlich ist das in den Schulen unterschiedlich. 2,3 Prozent ist die Durchschnittszahl, das heißt, dass einige Schulen deutlich besser sind - das kann man ruhig auch noch einmal sagen - und andere dann natürlich schlechter, dadurch ergibt sich der Durchschnitt. Dass wir das transparent machen und auch schulbezogen noch weiter transparent machen würden, ist ja versprochen.

Das Tempo gefällt uns manchmal auch nicht, aber wenn man ein solches IT-Werk aufstellt, das dauert seine Zeit, damit es nachher auch solide funktioniert. Das erlaubt uns diese Feinsteuerung, die wir brauchen. Natürlich gehen wir den Hinweisen nach, die Sie auch sehen, welche 10 Schulen den meisten Unterrichtsausfall haben und woran das liegt. Manchmal gibt es gute Gründe dafür, und manchmal gibt es nicht so gute Gründe dafür. Über die nicht so guten Gründe sind wir im intensiven Gespräch mit den Schulen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/643 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Weiterentwicklung des Hilfesystems für psychisch kranke Menschen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Oktober 2006
(Drucksache 16/619 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. November 2006
(Drucksache 16/633 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Rosenkötter, dass Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mündlich wiederholen möchten. - Das ist der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort noch einmal vorzulesen, Frau Senatorin, wäre gar nicht so schwierig gewesen, weil sie nicht besonders lang ist. Aber ich glaube ja, dass die interessierten Abgeordneten des Hauses die Antwort sicherlich auch schon gelesen haben werden, von daher können wir uns das ersparen.

Worum geht es eigentlich, meine Damen und Herren? Zum einen geht es hier an dieser Stelle, wenn wir über psychisch Kranke reden, selbstverständlich um ein sehr sensibles Thema. Wir haben uns in der Vergangenheit damit auch schon schwer getan, welche Dinge hier in einem öffentlichen Rahmen eines solchen Parlaments thematisiert werden können und welche nicht. Personenbezogene Daten und Krankheitsgeschichten gehören ganz sicherlich nicht dazu.

In erster Linie geht es hier um das Funktionieren der entsprechenden Hilfesysteme, die wir in Bremen dafür haben. Es geht aber auch um eine Krankheit, die in einigen wenigen Fällen, vor allem bei psychischen Erkrankungen, muss man sagen, das Problem der Selbstgefährdung oder Fremdgefährdung mit sich bringt. In einfachem Deutsch heißt das schlichtweg, dass durch die psychische Krankheit Menschen in die Lage kommen, sich selbst oder ihr Umfeld zu gefährden und im

schlimmsten Fall auch zu bedrohen, zu verletzen oder gar zu töten, wie wir es hier in Bremen mehrfach erlebt haben. Es geht also um den Schutz dieser kranken Patienten, sie zunächst einmal vor sich selbst und natürlich auch ihr Umfeld vor ihnen zu schützen, wenn eine solch akute Krankheitssituation eingetreten ist.

Seit 2003, das ist jetzt etwa drei Jahre her, haben sich in Bremen die Fälle gehäuft, in denen Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen andere Menschen entweder verletzt oder getötet haben. Am bekanntesten ist der Fall der Studentin Carola S. in der Neustadt geworden, die durch ihre Nachbarin getötet worden ist. Wir hatten aber auch in Schwachhausen in der Parkallee die Tötung einer Mutter durch ihren Sohn, wir hatten zwei sogenannte Gasanschläge auf die Pastorin der Friedenskirche durch einen Nachbarn, wir hatten ein Kind in der Schule am Weidedamm in Findorff, das durch einen Mann schwer verletzt wurde, wir hatten einen Mann in Schwachhausen in der Parkstraße, Ecke Schwachhauser Heerstraße, der seine eigene Wohnung in Brand gesteckt hat und darin umgekommen ist und dabei seine Nachbarn in Lebensgefahr gebracht hat, wir hatten in Walle im Juni 2005 einen Mann, der an einer Bushaltestelle mit einem Messer Menschen bedroht hat, der dann auch zwei Polizisten so bedroht hat, dass er in Notwehr durch einen Schuss schwer verletzt worden ist.

Das sind nur einige Dinge, die in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Wir kennen die Dunkelziffer nicht, wo es Situationen von Bedrohung gegeben hat. Wir wissen aber und waren uns auch einig, dass wir hier ein Problem haben, dass das entsprechende Hilfesystem in Bremen darauf reagieren muss, um den Schutz der Menschen zu gewährleisten.

Wir hatten damals auch aktuelle Debatten hier in diesem Hause, auch in der Öffentlichkeit, wir hatten Arbeitsgruppen, die vom Senat eingesetzt worden sind, wir hatten einen Bericht, und wir haben danach dann noch einmal wieder eine Phase gehabt, in der Schwachstellen, die aufgetreten waren und bekannt wurden, abgearbeitet worden sind. Relativ schnell wurden Dinge abgearbeitet - darauf komme ich nachher noch einmal zurück - wie etwa im Fall in der Neustadt, als bekannt geworden war, dass hier in Bremen die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Behörden und unterschiedlichen Senatsressorts, zwischen dem psychischen Hilfesystem, zwischen der Polizei und den verschiedenen Stellen, die mit diesen Patienten zu tun haben, alles andere als optimal funktioniert haben.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Wir haben dann mit einem weiteren Hintergrund das FOGS-Gutachten in Auftrag gegeben, um das Hilfesystem für psychisch Kranke insgesamt zu untersuchen. Auch hier sind wir nun in die Phase der Abarbeitung der Empfehlungen eingetreten. Wir haben in unserer Großen Anfrage noch einmal wissen wollen, das Gutachten liegt ja nun seit Anfang dieses Jahres vor, wie weit wir eigentlich bei den Punkten, die dort benannt wurden, gekommen sind, dies nicht nur auf dem Papier zu benennen, sondern in der Praxis auch tatsächlich Abhilfe zu schaffen.

Wir haben, glaube ich, eine spezielle Problemzone, die damals erkannt worden ist. Diese wird immer wieder erkannt, wenn es sich um solche Fälle handelt. Wenn Sie mit Menschen sprechen, die mit diesen Kranken zu tun haben - das ist der Übergang von der stationären, meistens zeitlich befristeten Behandlung wieder zurück in den Alltag, in das normale Wohnumfeld -, dann stellen Sie fest, dass die sogenannte Risikonachsorge ein großes Problem ist. Das ist jetzt auch wieder ein sehr technisches Wort und heißt auf gut Deutsch, es geht um das Problem, wer kümmert sich eigentlich um die Menschen, wenn sie aus der stationären Behandlung entlassen worden sind.

Dies ist in all diesen Debatten jetzt nicht nur als ein Problem eines abstrakten Hilfesystems identifiziert worden, sondern als ein Problem, das ganz deutlich geworden ist, wenn man sich den Werdegang dieser Patienten anschaut. Dies ist in dem FOGS-Gutachten auch deutlich so benannt worden. Was ein bisschen traurig macht, ist - obwohl wir dies seit mehreren Jahren wissen, dass wir hier ein ganz großes Problem im Übergang von stationärer zu ambulanter Behandlung haben - die Antwort des Senats, die an dieser Stelle eigentlich seltsam vage bleibt.

Man wundert sich also, es wird ein vorläufiger Erhebungsbogen gemacht, der vielleicht einmal in einem Probelauf getestet wird. Dann soll es vielleicht ein Konzept geben, und danach soll das dann an einem von 5 Behandlungszentren einmal ausprobiert werden. Ich finde, wenn man weiß, welche Konsequenzen dies für die Patienten hat, wie schwierig die Situation tatsächlich ist, und wenn man weiß, mit welcher Gefährdungslage das im Einzelfall einhergehen kann, dann kann man an dieser Stelle, wenn seit so langer Zeit diese Empfehlung vorliegt, als Senat in der Umsetzung nicht so vage bleiben, sondern muss meines Erachtens sehr viel zügiger und klarer vorgehen, um die Schwachstelle in dieser Periode in der Behandlung der Patienten sehr viel konsequenter anzugehen.

Wir haben einige Patienten erlebt, einige Fälle, die dann hinterher auch öffentlich bekannt geworden sind, wo genau exakt an dieser Stelle im Übergang aus der stationären Unterbringung heraus die Patienten quasi dem System verloren gegangen sind und sich niemand mehr um sie gekümmert hat und dann letztendlich die Katastrophe genau an dieser Stelle passiert ist. Hier ist die Antwort des Senats schlichtweg schwach und vollkommen unzureichend, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein zweiter Punkt, den wir hier immer wieder benannt haben, ist die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen den Behandlungszentren untereinander und mit den niedergelassenen Ärzten. Auch hier ist die Antwort des Senats schwach, vielleicht können Sie, Frau Senatorin Rosenkötter, dazu noch ein paar Takte mehr als in der schriftlichen Antwort hier sagen. Hier dominieren die Begriffe „man hat geprüft, man hat Gespräche aufgenommen“. Das ist sehr schön, davon geht man auch aus, dass, wenn ein solches Gutachten vorliegt, man das tut, die Ergebnisse sind gleichwohl unbekannt. Ich finde, es geht hier an dieser Stelle, für meinen Geschmack jedenfalls, nicht zügig und auch nicht klar genug zur Sache, wie wir die Empfehlung dieses Gutachtens auch an dieser Stelle umsetzen.

Wir haben einen weiteren Punkt, das ist der Erfahrungsaustausch zwischen Behandlungszentren und Polizei. Hier haben wir eine ganz andere Tonlage, und ich glaube, dass man das bestätigen kann. Hier ist die Rede davon, dass sich dieser Erfahrungsaustausch deutlich verbessert habe, dass es inzwischen feste Ansprechpartner auf beiden Seiten gebe. Man kann sagen, das lässt sich auch aus der anderen Warte der Innenpolitik ebenso feststellen, dass hier wohl vielleicht eine der wesentlichen Schwachstellen zumindest mit deutlichen Schritten angegangen worden ist. Das begrüßen wir ausdrücklich, weil auch hier in diesen bekannten Fällen, die ich vorhin genannt habe, deutliche Schwachstellen benannt worden sind.

Wir haben Probleme in diesen Gutachten benannt bei der Verbesserung der Sachausstattung, der räumlichen Ausstattung. Auch hier steht in der Antwort des Senats im Wesentlichen „Prüfaufträge, Fragen zur Umsetzung, Ergebnisse liegen noch nicht vor“. Das finde ich auch unbefriedigend. Man muss an dieser Stelle sagen, die Gutachter haben im Prinzip unserem Hilfesystem ein gutes Zeugnis ausgestellt, und darauf sollten wir sehr stolz sein. Gleichwohl enthebt uns das nicht der Verpflichtung, an den genannten Schwach-

stellen, die im Gutachten auch vorkommen, nun deutlich an der Verbesserung zu arbeiten.

Zu den Fragen 3 und 4, die sich mit den Standardabsenkungen im Betreuten Wohnen und mit der komplementären psychiatrischen Versorgung auseinandersetzen, das ist so eine Art No-No-Area in der Antwort des Senats, kann man gar nichts finden. Es heißt mehr oder weniger, wenn ich das mit meinen Worten sagen würde, nichts Genaues wissen wir nicht, und deswegen teilen wir es dem Hohen Hause auch nicht mit. Das ist sehr unbefriedigend, da braucht man in einem Parlament keine Fragen zu stellen, wenn sie so beantwortet werden, wie dies der Senat hier getan hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend vielleicht aus einer Erfahrung auch einer jüngsten Begebenheit, bei der wir mit einem ähnlichen Problemfall, der sich auch rund um unsere Fraktion ereignet hat, konfrontiert wurden, in dem wir mit einem solchen Patienten in Kontakt kamen und sich ähnliche Schwierigkeiten in der Kommunikation mit den zuständigen Stellen auch ereignet haben, die noch ganz frisch ist, noch einmal sagen, Frau Senatorin, ich teile die Meinung, dass wir den richtigen Weg gehen, wenn wir diese Gutachten in Auftrag geben, wenn wir sie Schritt für Schritt abarbeiten, wenn wir uns hier professionell an der Weiterentwicklung des Systems bewegen.

Der zweite Schritt, den wir tun müssen, ist, immer wieder auch in der Realität durch Stichproben zu überprüfen, ob das, was auf dem Papier geschrieben steht - und man kann es in der Jugendhilfe an anderer Stelle ja auch sehen, das haben wir jüngst gerade ja auch wieder gesehen -, nicht sehr geduldig ist und da die Realität, wenn Menschen in diese Lage kommen, wenn Angehörige, Nachbarn, Verwandte mit ihren Problemen sich bei den zuständigen Stellen melden, dann auch so aussieht wie in Gutachten oder auf dem Papier. Wir wissen ganz genau, dass es oftmals nicht der Fall ist.

Deswegen, Frau Senatorin, schauen Sie, dass Sie die begonnene Weiterentwicklung des Hilfesystems weiter auf den Weg bringen! Da sind wir an Ihrer Seite. Aber schauen Sie auch und stellen Sie sicher, dass wir die Bestätigung auch immer wieder in der Welt der tatsächlichen Menschen und nicht der Systeme und Papiere draußen finden, dass das System funktioniert! Wenn wir die Schwachstellen finden, dann arbeiten Sie mit diesem Haus und Ihrer Behörde zusammen daran, sie rechtzeitig abzustellen. Dann, glaube ich, kön-

nen wir auch in Zukunft vielleicht eine etwas kraftvollere Antwort des Senats auf solche Anfragen, wie wir sie gestellt haben, erwarten. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Güldner, wir sind uns einig, bei dem, was wir uns damals vorgenommen haben, sind wir auf einem guten Wege. Wir haben uns gemeinsam nach den Fällen, Sie hatten sie ja genannt, zusammengesetzt mit den entsprechenden Häusern, alle Parteien waren vertreten, und haben versucht, eine Lösung zu finden.

Natürlich werden wir nie alle Fälle ausschließen können, und was ganz wichtig ist, wir brauchen das Fehlerlernen, das heißt, wir müssen alle Fehler anonym aufnehmen und müssen daraus unsere Schlüsse ziehen. Ich glaube, das ist die beste Methode. Diese Methode gibt es bei der Lufthansa. Dort machen sie das auch. Sie sammeln Daten, wenn Fehler passieren. Bei jedem Flug passieren Fehler, diese werden anonymisiert aufgenommen, und man versucht, diese anhand von Leitlinien zu verbessern.

Ich glaube, das wird weiterhin unsere Aufgabe in dem Bereich sein, denn es wird hier keinen hundertprozentigen Schutz geben. Aber ich finde, damals, als diese Fälle passierten, waren die Sofortmaßnahmen richtig. Man hat die Meldebögen der Polizei verbessert und neue Deliktschlüssel als Sofortmaßnahme eingeführt. Wie gesagt, es gab schon regelmäßige Besprechungen mit der Polizei. Inzwischen gibt es dort Bezugspersonen bei der Polizei, der Sozialbehörde und den psychosozialen Diensten. Ich finde, das ist die richtige Antwort.

Was das Gutachten betrifft, hier sind wir uns einig. Wir wollten einmal von außen unser ganzes System analysieren lassen. Da gab es einige Punkte, die eben kritisch von FOGS betrachtet wurden.

Das war die Nachsorge von Risikopatienten, wenn sie aus der stationären Versorgung kamen. Das muss besser werden. Auch ein Thema, das hatten Sie vorhin vergessen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Personals, dass auch das Personal mit in die Planung einbezogen ist, wird inzwischen realisiert. Es werden verpflichtende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Dann hatten Sie gesagt, die Kommunikation untereinander, zwischen stationären und ambulanten Stationen, muss noch besser werden. Ich finde, hier sind wir auf einem guten Weg. Man muss natürlich auch die Zeit berücksichtigen. Im April dieses Jahres kam der Abschlussbericht des Gutachtens, jetzt ist Dezember. Ein bisschen Zeit brauchen die Einrichtungen, sich auf diesen Stand zu versetzen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, den wir auch weiter gehen sollen.

Wichtig ist natürlich beim Personal, dass wir den Nachwuchs fördern, denn diese Arbeit ist eine schwierige Arbeit, und ich kann immer nur sagen: Besten Dank von unserer Seite, von unserer Fraktion an die in diesem Bereich tätigen Personen! Dieser Job ist nicht einfach. Man muss auch noch einmal mit dem Innenressort und mit der Polizei diese Fälle, die Sie vorhin nannten, durchgehen. Wir hatten im Krankenhaus Ost den Zwischenfall, dass ein Patient mit dem Messer die Pfleger verletzte. Hier ist Handlungsbedarf, hier muss man die Fehler analysieren und dies immer wieder aufs Neue in Leitlinien einpassen.

Insgesamt, sagen wir, ist dieser Bericht ein positiver Bericht. Er muss noch forciert werden, aber es gibt jetzt ein Modellprojekt hinsichtlich der Nachsorge. Das ist jetzt nach drei Monaten beendet, jetzt Ende des Monats. Ich hoffe, dass wir da eine neue Möglichkeit sehen, die Nachsorge nach der stationären Behandlung noch einmal zu verbessern. Ich glaube, hier sind wir auf einem ganz guten Weg.

Das Dokumentationssystem ist auch verbessert worden. Wir werden das ganze Projekt auch in der Deputation für Gesundheit immer weiter verfolgen, damit wir immer auf dem neuesten Stand sind. Ich glaube, das ist richtig, und da sind wir uns als Parteien auch einig. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Wir debattieren heute die Antwort des Senats auf die Anfrage der Grünen zur Weiterentwicklung des Hilfesystems für psychisch Kranke, insbesondere vor dem Hintergrund des Abschlussberichts der Firma FOGS. Ich möchte auch noch einmal - und ich finde es gut, dass Herr Dr. Güldner darauf hingewiesen hat - an dieser Stelle erwähnen und deutlich machen, warum wir eigentlich so ein FOGS-Gutachten in Auftrag gegeben haben.

Anlass, das Gutachten erstellen zu lassen, war nämlich unter anderem, Sie haben darauf hingewiesen, dass eine 25-jährige Frau von einer 41-jährigen Frau erstochen worden ist. Das Opfer hatte zuvor vielfach versucht, Hilfe zu holen. Gegen die Täterin wurde mindestens zwölfmal zuvor ermittelt. Sie litt unter einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung. Die Tat hatte eine lange Vorgeschichte. Ich will den Fall nicht weiter ausführen, wir kennen ihn alle.

Es folgten leider noch weitere Fälle, in denen nämlich die Rolle des Sozialpsychiatrischen Dienstes und seiner Tätigkeit Gegenstand von Diskussionen wurde. Zwar wurden erste Maßnahmen ergriffen, das stimmt, wir haben aber auch erkannt, dass hier Organisationsstrukturen hinterfragt werden müssen und eine Fehleranalyse durchgeführt werden muss.

Ich erwähne es an dieser Stelle, weil ich finde, dass der Zusammenhang und die Brisanz in der Antwort des Senats eigentlich an keiner Stelle deutlich werden. Deshalb bin ich ziemlich dankbar, dass Sie darauf auch noch einmal hingewiesen haben.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns nach den Todesfällen und weiteren traurigen Fällen, in die der Sozialpsychiatrische Dienst und insgesamt das Hilfesystem für psychisch Kranke involviert waren, damit auseinanderzusetzen, wie in Zukunft Todesfälle wie damals möglichst verhindert werden können. Was ist also seit Januar 2006 in Angriff genommen worden, was ist abgearbeitet worden, welche Maßnahmen zur Verbesserung sind eingeleitet worden?

Die Antworten auf die Große Anfrage der Kollegen von den Grünen, die uns hier heute vorliegen, geben nicht umfassend Auskunft darüber, ob speziell an den kritischen Punkten gearbeitet wurde, die in direktem Zusammenhang mit den aufgetretenen Todesfällen stehen. Ich betone, zu diesem Zweck wurde ein Gutachter beauftragt, und um hier eine Bewertung vorzunehmen, wie man Verbesserungen herbeiführen kann, wie man Risiken minimieren und beherrschbar machen kann. Übrigens kann man es auf Seite 1 des FOGS-Gutachtens auch noch einmal nachlesen.

Aus den Antworten ersehe ich jetzt irgendwie nicht so viel Substanz, dass ich darüber heute debattieren könnte. Es werden Umsetzungsschritte erörtert, es wurde ein Navigationssystem angeschafft, es wurde intensiv geschult, eine Arbeitsgruppe wurde tätig. Darüber kann ich jetzt, wie

gesagt, nicht viel sagen. Es wird viel getan. Der Bericht ist in der Tat erst Anfang des Jahres gekommen, es kann natürlich auch noch nicht alles umgesetzt sein, das sehe ich auch ein. Ich frage mich aber dennoch an dieser Stelle, ob Sie die Fragen vielleicht zu früh gestellt haben.

Ich habe nun ausgeführt, in welchem Zusammenhang wir meines Erachtens diese Maßnahmen sehen müssen, und ich stelle dann die Frage: Was kann so ein Gutachten beziehungsweise was können wir von so einer Bewertung eigentlich erwarten? Wenn man etwas verbessern will, wenn man Fehler vermeiden will, dann muss man eine Fehleranalyse vornehmen und Strategien entwickeln, die begangenen Fehler in Zukunft zu vermeiden, also Abläufe ansehen, Fehler beschreiben.

Ich wundere mich, Herr Brumma, dass Sie sagen, dass wir hier eine Fehleranalyse vorgenommen haben. Welche Fehler sich an welcher Stelle fortsetzen oder wo hier überhaupt etwas verursacht wurde und mit welcher Konsequenz, das müssen wir erst noch herausfinden. Es handelt sich hier natürlich um eine fächerübergreifende Darstellung bestehender Ungereimtheiten, Auffälligkeiten, dazu gehören Behandlungsfehler - ich will gar nicht alles aufzählen -, Dokumentationsversäumnisse, Organisationsfehler. Ich möchte aber sagen, wir brauchen eine Fehleranalyse.

Dazu möchte ich noch einmal ausführen: In den Diskussionen vorher in dem Gremium mit FOGS und um FOGS herum, und Sie haben gesagt, alle Parteien waren dabei, das stimmt ja auch, habe ich mich in den Besprechungen immer dafür eingesetzt, eine fallspezifische Analyse vorzunehmen. Sehen wir uns doch einfach die Fälle an, die leider so tragisch geendet haben, und versuchen wir herauszufinden, an welchen Stellen etwas falsch gelaufen ist! Nach wie vor, aber von niemandem wirklich gern gehört, das muss man wohl auch sagen, habe ich die Vorstellung, dass man fallspezifisch vorgehen muss, um eine Beurteilung der aufgetretenen Fehler in der Vergangenheit auch wirklich beurteilen zu können, zumindest im ersten Schritt, und dann kann man die Organisation und anderes hinterfragen und bewerten. Zunächst einmal aber, denke ich, muss man den Verlauf eines Falls anschauen.

Ich muss oder möchte noch auf einen Punkt hinweisen: In meiner Vorbereitung für diese Debatte ist mir noch aufgefallen, dass wir eigentlich an keiner Stelle nachfragen, ob der Sozialpsychiatrische Dienst eigentlich mit der richtigen Berufsgruppe besetzt ist. Das scheint in keiner Arbeitsgruppe die Frage zu sein. Mit der Genehmigung des Präsidenten möchte ich ganz gern einen Satz

auf Seite 1 des FOGS-Gutachtens zitieren: „Zudem stellten sich Fragen nach einer unter Qualitätsgesichtspunkten ausreichenden personellen und fachlich angemessenen Ausstattung des Sozialpsychiatrischen Dienstes und des Krisendienstes.“

Es muss eigentlich doch auch, so denke ich, die Frage erlaubt sein, ob die Berufsgruppe im Sozialpsychiatrischen Dienst nicht sinnvollerweise auch aus der Psychiatrie kommen müsste. Das heißt, muss der Sozialpsychiatrische Dienst nicht vielleicht auch ein ärztlicher Dienst sein? Bisher sehe ich hier im Krisendienst zunächst Sozialarbeiter zum Einsatz kommen, die dann komplexe psychopathologische Befunde bewerten sollen. Die Frage, ob es in den Krisen nicht allzu häufig zu Fehlbewertungen kommt, weil einfach der Krisendienst berufsfernd besetzt ist, wird nicht mehr gestellt. Es muss doch einleuchten, dass in einer Krisenintervention sofort ein Facharzt darüber entscheiden muss, was getan werden muss, zum Schutz der Person selbst wie auch natürlich zum Schutz der Bevölkerung.

Ich brauche eigentlich nicht zu betonen, dass die Diagnose von psychisch Kranken mit Schizophrenie, Suizidgefährdung, Fremdgefährdung und so weiter eine komplexe Diagnose benötigt, und zwar sofort und ohne Verzögerung. Haben die Betreuer nicht ein erhebliches Defizit im Wissen über Risikopotenziale psychisch Kranker? Ich finde, die Frage muss man stellen, die darf man stellen. Ich glaube, dass neben allen Vorschlägen für eine Ablaufverbesserung insbesondere nicht außer Acht gelassen werden darf, dass das Wissen ausreichen muss, um in diesem forensisch-psychiatrischen Umfeld auch entsprechend kompetent entscheiden zu dürfen. Ich finde diese Frage entscheidend.

Ich will auch noch für uns als CDU-Fraktion grundsätzlich erwähnen: Uns liegt daran, dem Stigma von psychisch Kranken entgegenzuwirken. Wir müssen beachten, dass wir einer Stigmatisierung psychisch Kranker nicht Vorschub leisten. Das will ich an dieser Stelle erwähnen, das muss vermieden werden, aber die Ungefährlichkeit von psychisch Kranken darf nicht fehleingeschätzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen auch sehen, dass wir eine realistische Einschätzung zum Zustand einer Krankheit vornehmen müssen, um eine Gefährdung richtig einzuschätzen und zu vermeiden, dass es zu den Ereignissen mit Todesfolge kommen kann, so wie sie vor Jahren hier in Bremen vorgekommen sind. Es geht darum, zum Schutz der psychisch Kran-

ken zu handeln, es geht aber auch darum, Dritte sicher zu schützen.

Zusammengefasst: Die Antworten zeigen mir, dass viel erörtert wird. Das ist noch wenig konkret, das haben wir hier, glaube ich, gemeinsam festgestellt. Ich bin aber sicher, dass wir diese Problematik noch häufiger in diesem Haus diskutieren werden. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Mitte des Jahres 2003 führten Gewalt- und Tötungsdelikte im Zusammenhang mit psychisch kranken Menschen in Bremen zu einer intensiven öffentlichen Diskussion, unter anderem darüber, inwieweit zuständige regionale psychiatrische Behandlungszentren ihren Aufgaben ausreichend nachkommen. Besonders im Blickfeld standen dabei der Sozialpsychiatrische Dienst der psychiatrischen Behandlungszentren und der Kriseninterventionsdienst. Im Kern ging es um die Frage, ob diese Dienste die nach dem Gesetz vorgesehenen Hilfen und Schutzmaßnahmen ausreichend durchführen beziehungsweise vermitteln.

Meine Damen und Herren, bereits nach dem von uns allen mit Entsetzen wahrgenommenen Tötungsdelikt in der Bremer Neustadt, es ist ja mehrfach gesagt worden, im Juli 2003, verübt durch eine psychisch kranke Frau, wurde durch den damaligen Staatsrat meines Hauses sowie durch die Staatsräte des Innen- und Justizressorts eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, um Vorschläge zu erarbeiten, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um im Umgang mit als gefährlich geltenden psychisch kranken Menschen wirkungsvoller agieren und reagieren zu können.

Im Ergebnis wurden dann nach dem im Oktober 2003 vorgelegten Bericht der Arbeitsgruppe umgehend Maßnahmen umgesetzt beziehungsweise eingeleitet. Ich will beispielhaft einige dieser Maßnahmen auch benennen: die Verbesserung des Informationsaustauschs, Herr Dr. Güldner hat darauf hingewiesen, und der Kooperationsstrukturen zwischen den Diensten der psychiatrischen Behandlungszentren und der Polizei, sicherlich eine ganz wesentliche Voraussetzung, hier auch Änderungen und Verbesserungen in der Behandlung und in der Reaktion in den Maßnahmen herbeizuführen, sowie die Verbesserung der Erfassung von Vorfällen im Zusammenhang mit als ge-

fährlich angesehenen psychisch kranken Menschen in Bremen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang insbesondere an die mittlerweile umgesetzten Empfehlungen zur Änderung des PsychKG, die in der Öffentlichkeit teilweise, und das wissen Sie sicherlich auch noch sehr gut, zunächst zu heftigen Reaktionen führten, weil befürchtet wurde, dass zukünftig psychisch kranke Menschen quasi von der Straße weg gegen ihren Willen zwangsbehandelt werden sollten. Es dauerte lange und bedurfte viel Aufklärung, um zu verdeutlichen, dass diese Absicht nie bestand. Es war lediglich daran gedacht, die Behandlungsmöglichkeiten bei denjenigen psychisch kranken Menschen zu erweitern, die akut für sich selbst oder für andere eine Gefahr darstellen und die daraufhin per richterlichem Beschluss in der Psychiatrie untergebracht werden müssen.

Im Verlauf der Zeit wurden die von der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe empfohlenen Maßnahmen weiterentwickelt und Erreichtes immer wieder reflektiert. Nach dieser Optimierung der Vorgehensweise war es aber auch geboten, die Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste und des Kriseninterventionsdienstes von einem auswärtigen Gutachter bewerten zu lassen, um Hinweise für weitere Optimierungsmöglichkeiten zu erhalten.

Wir haben dies im Juli 2005 mit der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich und in Zusammenarbeit mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales getan, das ist hier mehrfach erwähnt worden. Im Januar 2006 wurde der Abschlussbericht von der Firma FOGS vorgelegt und die Planungen und Empfehlungen aus dem Gutachten im März der Deputation zur Kenntnis gebracht. Ich will hier noch einmal ganz deutlich sagen, dass hier auch die Mitglieder der Deputation einbezogen worden sind und wir natürlich auf diesem Weg noch nicht zu Ende sind und eine weitere Abarbeitung erfolgen muss. Wie Sie den Antworten des Senats entnehmen können, sind wesentliche Maßnahmen eingeleitet beziehungsweise umgesetzt.

Ich darf Ihnen dazu noch einige beispielhafte Punkte, die auch schriftlich benannt worden sind, hier vortragen: Die Erarbeitung und Erprobung eines Konzepts für eine spezielle Nachsorge von sogenannten Risikopatientinnen und -patienten ist weit gediehen und befindet sich vor der Erprobungsphase in einem noch festzulegenden Behandlungszentrum. Verbesserungen der Kommunikationsstrukturen der unterschiedlichen Behandlungsbereiche der regionalen psychiatrischen Be-

handlungszentren wurden in Angriff genommen und geprüft, inwieweit technisch und datenschutzrechtlich ein elektronischer Zugriff auf Patientendaten zwischen den Behandlungszentren ermöglicht werden kann. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, um auch eine schnellere Handhabung in diesem Bereich sicherstellen zu können. Zur Optimierung von Behandlungsplanung wurden unter anderem spezielle Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt und teilweise auch schon angeboten und durchgeführt.

Insbesondere der verbesserte Erfahrungsaustausch zwischen den Behandlungszentren und der Polizei im Umgang mit psychisch kranken Menschen wird mit viel Zustimmung aller Beteiligten fortgeführt. Er dient dabei nicht nur zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses, sondern vor allem zur weiteren Verbesserung der Abstimmung untereinander im Umgang mit als gefährlich angesehenen psychisch kranken Menschen unserer Stadt. Wir haben mehrfach festgestellt, dass es ein ganz entscheidender Punkt ist, dass wir hier im Bereich der Kommunikation und Information auch zu einem schnellen und abgestimmten Umgang kommen.

(Vizepräsidentin Frau Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Zurzeit bemühe ich mich im Sinne der Fortführung der Regionalisierung der stationären Psychiatrie um den Aufbau eines tagesklinischen Angebotes vor Ort in der Region Bremen-Mitte, wie es ebenfalls im FOGS-Gutachten empfohlen wird zur Verbesserung der gemeindenahen Versorgung auch der Gruppe der als gefährlich geltenden psychisch kranken Menschen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass FOGS in ihrem Abschlussbericht hervorhebt, dass durch die Regionalisierung der stationären Psychiatrie in fünf regionalen psychiatrischen Behandlungszentren eine, und jetzt zitiere ich aus dem Bericht, „für bundesrepublikanische Verhältnisse beispielhafte Versorgungsstruktur aufgebaut wurde“. Weiter heißt es dort, dass die in den Behandlungszentren integrierten Kriseninterventionsdienste eine bundesweit einmalige Entwicklung in der psychiatrischen Versorgung darstellen und damit sowohl eine hohe Qualität der Krisenbewältigung als auch eine hohe Qualität einer juristisch fachlichen Handhabung des PsychKG sicherstellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf die letzten beiden Fragen der Großen Anfrage eingehen! Darin wird ein Kom-

plex angesprochen, der abhängig ist von den Ergebnissen der Verhandlungen, die mein Haus gegenwärtig mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege führt, und ich will und kann hier auch den Ergebnissen nicht vorgreifen. Ich darf Ihnen aber sagen, dass Hilfsangebote und Maßnahmen für psychisch- und suchtkranke Bürgerinnen und Bürger in Bremen in den Versorgungsbereichen wie Betreutes Wohnen, Heimwohnen oder Arbeit und Beschäftigung auch zukünftig so gestaltet sein sollen, dass sie den Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechen.

Es ist angesprochen worden, dass fallspezifisch die Aufarbeitung stattgefunden hat. Ich will sagen: Ja, das ist richtig! Gleichwohl müssen wir aber deutlich wissen, dass es hier darum geht, präventive Maßnahmen einzuleiten, die in jedem Einzelfall in der Konsequenz sehr viel anders aussehen können. Das heißt, wir müssen nicht nur fallspezifisch die Situation betrachten, sondern wir müssen die richtigen Konsequenzen und Schritte daraus herleiten. Eine ganze Reihe von richtigen Schritten hat stattgefunden. Die Entwicklung des eingeschlagenen Weges, und das, glaube ich, darf ich hier auch so sagen, ist jedoch längst nicht abgeschlossen, und wir müssen hier weiter kraftvoll vorangehen. Ich möchte Fachleute einbeziehen, um die notwendigen richtigen und wichtigen Schritte hier auch weiter voranzubringen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/633 S, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

IT-Support an Schulen der Stadtgemeinde Bremen verbessern

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 21. November 2006
(Drucksache 16/636 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Wever.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abg. **Bensch** (CDU)¹⁾: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erneut diskutieren wir hier im Haus der Bürgerschaft über das Thema „IT-Support an Bremer Schulen“. Bei IT-Support, dies sei noch einmal kurz zur Erläuterung gesagt, handelt es sich schlicht und einfach um den Service der Informationstechnologien. Wir haben bei der Debatte vor zwei Monaten, als wir die Große Anfrage der CDU-Fraktion debattierten, eine Reihe von Ergebnissen erfahren und haben gemeinsam festgestellt, dass es hier Handlungsbedarf gibt.

So liegt Ihnen nun heute ein Antrag der Großen Koalition vor. Der Antrag lautet „IT-Support an den Schulen der Stadtgemeinde Bremen verbessern“. Uns als CDU-Fraktion geht es vor allem um folgende Gesichtspunkte: Wir sind, wenn wir von IT-Support an den Bremer Schulen sprechen, vor allem für mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz, für gleichwohl hohe technische und pädagogische Standards, und letztlich wollen wir uns auch unser Ziel vor Augen halten, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu fördern.

So liegt Ihnen ein Antrag vor, der im Wesentlichen drei Punkte beinhaltet. Erstens, wir fordern den Senat auf zu prüfen, inwieweit die Einrichtung einer Kopfstelle beim Senator für Bildung einen effektiveren, schnelleren und auch umfassenderen IT-Support für die Schulen leisten kann. Zweitens bitten wir darum zu prüfen, inwieweit der Support an den Schulen durch eine umfassende Standardisierung der Hard- und Software vereinfacht werden kann und dabei auch Kosten gesenkt werden können. Drittens bitten wir den Senat zu prüfen, inwieweit ein für alle Beteiligten verlässlicher Rahmen für den IT-Support vor Ort durch Angebote Dritter gewährleistet werden kann, der gleichwohl die erweiterte Eigenverantwortlichkeit der Schulen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, soweit das klare Statement der CDU-Fraktion dafür, den IT-Support an den Schulen Bremens zu verbessern! Stimmen Sie bitte dem Antrag der Großen Koalition zu! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD)²⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie der Kollege Bensch

es schon sagte, es ist noch nicht so lange her, erst im September haben wir in diesem Hause über das Thema „IT-Support an den Schulen“ ausführlich debattiert. Wir kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Informationstechnologie an den Schulen von hoher Bedeutung und nicht mehr wegzudenken ist. Wir haben ebenso übereinstimmend festgestellt, dass diese Technologie eine angemessene Betreuung insbesondere der für unterrichtliche Zwecke eingesetzten Geräte unabdingbar macht.

Wenn wir nunmehr einen Antrag mit dem Titel „IT-Support an Schulen der Stadtgemeinde Bremen verbessern“ einbringen, dann soll damit auch deutlich gemacht werden, dass wir die leider unzureichende Unterstützung der Schulen nicht nur am Rande eines Sommerlochs debattieren wollten. Die SPD-Fraktion stellt hier noch einmal ausdrücklich einen Handlungsbedarf fest und erwartet Konzepte zur Entwicklung eines professionellen, effektiven und effizienten IT-Supports für unsere Schulen der Stadtgemeinde Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe schon einmal in einem Redebeitrag im September festgestellt, dass für den engeren technischen Bereich künftig andere Unterstützungssysteme aufgebaut werden müssen. Der Senat hatte diesbezüglich in seiner Mitteilung zu diesem Thema im August darauf hingewiesen, dass ein für Ende Oktober 2006 erwarteter Bericht des Instituts für Informationsmanagement Bremen zur Ausstattung der Bremer Schulen mit IT und deren Nutzung noch nicht vorliegt. Dieser Bericht ist von Bedeutung, wenn man neue Unterstützungsstrukturen aufbauen will. Ich gehe davon aus, dass jetzt, Mitte Dezember, Daten vorliegen und eine Auswertung erfolgt ist.

Darüber hinaus hatte der Senat im August mitgeteilt, dass das Pilotprojekt SOVETE Service und Betriebskonzepte für die IT-Infrastruktur der Schulen der Stadtgemeinde Bremen, begleitet vom Institut für Informationsmanagement Bremen, im Herbst 2006 den Abschlussbericht über das Projekt vorlegen würde. Dieser Bericht soll Grundlage für Entscheidungen über das künftige Betriebsmodell sein. Wir haben jetzt offiziell Winter, auch wenn man es nicht immer merkt, und ich gehe deshalb davon aus, dass auch dieser Bericht vorliegt und ausgewertet wurde.

Da die Bedeutung oder, besser noch, die Notwendigkeit eines professionellen IT-Supports grundsätzlich unstrittig ist, erwartet die SPD-Fraktion eine ernsthafte und zügige Befassung des Ressorts mit dieser Problematik unter Einbeziehung der Deputation. Das unterstreichen wir noch ein-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

²⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

mal mit dem heutigen Antrag, mit dem der Senat aufgefordert wird zu prüfen und der Bildungsdeputation im Januar 2007 zu berichten. Über die einzelnen Punkte hat sich der Kollege Bensch schon geäußert, ich wiederhole das nicht alles noch einmal.

Der Senat teilte im August 2006 mit, es könne gelingen, mit einer Zentralisierung der technischen Dienstleistungen in Verbindung mit einer Standardisierung der Technik den neu aufzubauenden beziehungsweise zu erweiternden zentralen Betrieb und den Support effektiv, effizient und finanzierbar zu gestalten. Insofern sehen wir mit einem gewissen Optimismus dem hier beantragten Bericht im Januar 2007 entgegen.

Da wir hier aber auch von zusätzlichen und ansteigenden Aufgaben ausgehen, unterstellen wir, dass dafür künftig auch deutlich mehr Ressourcen benötigt werden. Ich kann nicht umhin, gerade in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Einsatz der IT, die Fähigkeit zur Nutzung als Kompetenzvoraussetzung für die Berufsausübung in diesem Dienstleistungs- und Produktionsprozess, in der Wirtschaft also auch, zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wenn wir dann feststellen, dass für einen erfolgreichen Einsatz der Medien an Schulen ein möglichst professioneller IT-Support wichtig ist und alles ökonomisch unsinnig sei, dann ist das auch im Rahmen der Budgets darzustellen. Zusätzliche Aufgaben erfordern hier auch zusätzliche Mittel oder Beteiligungen. Anders werden wir den künftigen Ansprüchen nur sehr schwer gerecht werden. Ich bitte auch hierfür um Unterstützung und Stellungnahme des Senats! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Bürgerschaftsfraktion wird dem Antrag von Herrn Bensch zustimmen. Das möchte ich kurz begründen. Es ist ja ein Antrag von Herrn Bensch, auch wenn daraufsteht, dass es ein Antrag der CDU und der SPD ist. Das nehme ich mir jetzt heraus, dass es ein Antrag von Herrn Bensch ist, denn auf ihn gehen ja auch die Debatten im Landtag zurück, die wir ganz ausführlich geführt haben. Man merkte auch, dass sein Herzblut dar-

an hängt, dass dieses Thema noch etwas intensiver als bisher behandelt wird.

Ich möchte von dieser Stelle aus dem Institut für Informationsmanagement Bremen, welches von Professor Kubiczek, Dr. Martin Wind und Professor Andreas Breiter geleitet wird, erst einmal meinen Dank aussprechen, weil es seit vielen Jahren ganz zuverlässig den IT-Support an Bremens Schulen organisiert. Es ist auch schon ein Konzept versprochen und ausgearbeitet, wie das Ganze verbessert werden kann.

Ich möchte für die grüne Bürgerschaftsfraktion vorschlagen, dass wir als Stadt oder Bundesland Bremen auch einmal den Blick Richtung Süden zur Stadt München richten, die das ganz eindrucksvoll vorgemacht hat. Mit einer zentralen Einheit, die beim dortigen Ministerium für Bildung und Erziehung hoch angesiedelt worden ist, hat man eine Stabsstelle gegründet, ein verlässliches Budget geschaffen und somit Planungssicherheit gegeben. Das wurde von Herrn Bensch und Frau Kauertz angesprochen, dass es ein wichtiger Punkt ist, dass man sich nicht jedes Jahr von verschiedenen Töpfen bedienen muss.

Das t.i.m.e.-Programm war gut, wir haben aufgeholt bei der Ausstattung von Infrastruktur, aber das t.i.m.e.-Programm ist nun zu Ende, und wir müssen uns Gedanken machen über die Verstetigung, wie wir den Einsatz neuer Medien an den Schulen dauerhaft auch sicherstellen können. Das heißt, wir müssen den Support fördern, wir müssen auch Software neu anschaffen, wenn wir das alles so machen wollen wie vorgeschrieben. Ich weiß, das Thema Lizenzierung ist ein ganz heikles Thema, und viele Schulen versuchen, sich da auch anders zu behelfen, aber wir brauchen eine verlässliche Struktur. Der Schulsupportservice, der unter S3 firmiert, ist positiv. Wir haben aber gesagt, wir müssen darüber nachdenken, dass das auch ausgebaut werden muss.

München gibt im Monat pro Rechner 70 Euro aus. Darin ist dann alles enthalten: der Support, die Software, die Wartung. Das ist nur einmal eine Hausnummer, die ich hier nennen möchte. Ich denke, dass wir in Bremen auf einem guten Weg sind. Das Institut für Informationsmanagement unterstützt den Senator für Bildung bei diesen Angelegenheiten. Ich glaube, dass wir dann mit dem Senator für Finanzen, der ja vor wenigen Wochen eine IT-Strategie vorgelegt hat, wenn wir diese drei Stellen miteinander verzahnen, daraus auch etwas Gutes wachsen lassen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Der Lehrer soll nicht mehr mit der Kabelrolle durch die Schule laufen und von zu Hause seine CDs und DVDs mitbringen, um die Software aufzuspielen, sondern man soll verlässlich wissen, an den Grundschulen gibt es diese Software, an den Berufsschulen gibt es jene Software, und ich muss diese Nummer anrufen, um Hilfestellung zu bekommen, wenn die Rechner nicht laufen. Dem allen dient der Antrag hier, der von der CDU und der SPD vorgelegt worden ist, und deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/636 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55 vom 5. Dezember 2006
(Drucksache 16/641 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht über Kostenentwicklung - Zentralküche im Klinikum Bremen-Mitte

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/642 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Frau Staatsrätin Dr. Wehrauch.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag in die Stadtbürgerschaft eingebracht, mit dem der Senat aufgefordert wird, einen Bericht zur Zentralküche auf dem Gelände des Krankenhauses Bremen-Mitte vorzulegen, der Auskunft über die Kostenentwicklung, über die Wirtschaftlichkeit der erweiterten Zentralküche, über die Abschreibungsmodalitäten und über die Refinanzierung des Projektes gibt.

Im Jahr 2003 fiel die Entscheidung, einen Küchenneubau für die abgängige Küche im Klinikum Bremen-Mitte zu errichten. Die Küche sollte nach dem Cook-and-Chill-Verfahren betrieben werden. Das heißt Schockkühlung, innerhalb von 90 Minuten wird von der Kochtemperatur auf 4 Grad Celsius abgekühlt und dann vor dem Verzehr wieder aufgewärmt.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der Vorteil dieser Küche ist die zeitliche Entkopplung von Produktion und Verzehr. Das heißt, wir haben eine Fünf-Tage-Woche und können trotzdem schon das gesamte Essen über die ganze Woche vorbereiten und dann eben nur noch servieren. Der Nachteil dieser Küche gegenüber einer Frischeküche, die die Mahlzeiten immer am selben Tag zubereitet, ist das eingeschränkte Speisenangebot bei Cook-and-Chill. Es gibt einige Speisen, die nicht so verarbeitet werden können. Dazu gehören zum Beispiel Spiegeleier, Pommes und Spinat, Rumpsteak, Rührei, Blumenkohl, Brokkoli, Rosenkohl, Salzkartoffeln. Ganz schön groß die Palette! Entweder kann man sie nicht regenerieren, oder die Qualitätsverluste von Cook-and-Chill sind so gravierend, dass man sie doch besser in der Frischeküche zubereitet. Aber alle anderen Speisen soll man in der Cook-and-Chill-Küche bearbeiten können.

Im Jahr 2004 legte die Altenburg-Unternehmensberatung ein Gutachten vor, das alle Küchen der städtischen Kliniken berücksichtigte. Das Ergebnis der Gutachten war nach der ersten Variante: Jeder Standort behält seine Küche, das Klinikum Bremen-Mitte bekommt einen Neubau, und die anderen Küchen werden mit den notwendigen Investitionen ausgestattet, Kostenpunkt 9,3 Millionen Euro. Die zweite Variante: Das Klinikum Bremen-Mitte und das Klinikum Links der Weser erhalten eine Zentralküche im Klinikum Bremen-Mitte, die anderen Küchen erhalten die notwendigen Investitionen, Kostenpunkt ebenfalls 9,3 Millionen Euro. Die dritte Variante: Alle Küchen werden vom Klinikum Bremen-Mitte aus versorgt. Da waren die Kosten 11,9 Millionen Euro. Die Gutachter haben die Variante zwei, Klinikum Bremen-Mitte und Klinikum Links der Weser, vorgeschlagen und gesagt, dass es eine Gesamtinvestition von 10 Millionen Euro gibt, der Neubau plus Investition in den anderen verbleibenden Küchen.

Die Ausschreibung der neuen Zentralküche erfolgte sodann, aber nur für das Klinikum Bremen-Mitte, und zwar in Massivbauweise unter Beachtung der städtebaulichen Vorgaben. Einmal hat der Senat gesagt, es war eine Leichtbauweise geplant. Das war es nie! Den Zuschlag erhielt im Jahr 2004 ein Generalplanerteam aus Bremen. In welcher Höhe der Zuschlag erteilt worden ist oder ob ein Festpreis vereinbart worden ist, das wissen wir nicht. Die damaligen Kostenschätzungen lagen ungefähr zwischen 8,7 und 10 Millionen Euro für eine Küche.

In der Senatsvorlage am 21. Juni 2006 wurden die Kosten der Zentralküche mit 14,9 Millionen Euro angegeben. Auf Nachfrage der Grünen wurde als Begründung mitgeteilt, dass die zwei Krankenhäuser Links der Weser und Bremen-Nord zusätzlich in die Planung aufgenommen seien und dass die neue Wirtschaftlichkeitsberechnung, die ja dann Voraussetzung ist, zwar aktualisiert wird, aber weiterhin angenommen wird, dass die 1,6 Millionen Euro jährliche Einsparung auch weiterhin gegeben bleibt. Es wird irgendwie hinkommen.

Bis heute liegt noch keine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung vor, und inzwischen steigen die Investitionskosten. Es sind nicht mehr 14,9 Millionen Euro, nach neuesten Aussagen sind wir schon bei 17 Millionen Euro. Statt Antworten zur Zentralküche haben wir zusätzliche Fragen: Warum erfolgte die Ausschreibung nur für das Klinikum Bremen-Mitte, warum nicht für den ganzen Komplex? Warum wurde nicht erst einmal überlegt und dann ausgeschrieben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sind die Kosten so explodiert? Als die Grünen die Anfrage an den Senat gestellt haben, war die Antwort des Senats irreführend, weil diese sich auf das Gutachten gestützt hat. Aber zwischen den Plänen der Gutachter und der jetzt veranschlagten Investition der Zentralküche klafft eine Lücke von 5 Millionen Euro, wenn ich die 14,9 Millionen Euro nehme. Wenn ich die 17 Millionen Euro nehme, habe ich eine Lücke von 7 Millionen. Das ist kein Kleingeld!

Wir haben uns wirklich bemüht, meine Damen und Herren, durch die Kleine Anfrage, durch Rückfragen, auch im Aufsichtsrat oder an diversen anderen Stellen wie beim Senator für Finanzen und bei der BIG, Hinweise zur Wirtschaftlichkeitsberechnung zu bekommen, Hinweise über die Ausschreibungsmotivitäten oder für die Refinanzierung zu bekommen. Es war nicht möglich!

Besonders aufklärend, das möchte ich mitteilen, war die Auskunft der BIG, die, angesprochen auf die Notwendigkeit einer erneuten Ausschreibung, nachdem sich ja die Kapazität verdoppelt hat, lediglich mitteilte, dass darüber keine Auskunft erteilt werden darf. Das hat mich doch sehr verwundert, denn schließlich hat die BIG die Verhandlungen der ersten Ausschreibung geführt. Wenn da jetzt die Meinung vorherrscht, dass bei einer Verdopplung der Kapazität der Zentralküche keine neue Ausschreibung erfolgen muss und dass man das so mauscheln kann, wie man das bisher getan hat, mag das die Auffassung der BIG sein, aber ich frage mich: Warum schaltet sich der Senat nicht ein? Schließlich geht es um viel Geld in Bremen, und wir können uns keine Fehlinvestitionen mehr leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es ist das Recht und die Pflicht des Parlaments, endlich einen umfassenden Aufklärungsbericht einzufordern. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass eine Großküche, die ursprünglich mit 7 Millionen Euro anvisiert war, jetzt inzwischen bei 17 Millionen Euro Baukosten angekommen ist. Auch die Refinanzierung der Zentralküche ist noch nicht abschließend geklärt. Sie soll sich über 30 Jahre erstrecken. Bis dahin wird die ganze Küche mehrmals runderneuert werden müssen, denn die Abschreibungen der Logistiktechnik, der Kochtechnik und der Haustechnik sind erheblich kürzer als 30 Jahre.

Nach Auskunft von Bauherren, die Cook-and-Chill-Häuser erstellen, ich habe mich da erkundigt, ist eine Logistiktechnik nach 7 Jahren und, wenn diese Wagen mit Lkws transportiert werden, nach 5 Jahren abgeschrieben, die Kochtechnik nach 10 Jahren und die Haustechnik nach 15 Jah-

ren. Das heißt, wir runderneuern das über diese 30 Jahre ein paarmal. Im Laufe der Jahre muss das dann immer wieder investiert werden. Das gehört auch zu den Abschreibungen.

Hinzu kommt, dass das Kochverfahren Cook-and-Chill 20 Prozent mehr Strom benötigt als die herkömmliche Zubereitungsweise der Speisen. Bei den zurzeit ständig steigenden Stromkosten und in Anbetracht dessen, dass Bremen meiner Meinung nach auch verpflichtet ist, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ist die Entscheidung für das Cook-and-Chill-Verfahren nicht glorreich, weder ökologisch noch ökonomisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach der Kostenschätzung der Gutachter und auch renommierter Küchenhersteller liegen die Gesamtkosten einer Cook-and-Chill-Küche für 1500 Portionen, und genauso war sie geplant, zwischen 8 und 10 Millionen Euro. Im Altenburg-Gutachten wurde genau dies berücksichtigt. Der Senat nimmt zwar immer Bezug auf dieses Gutachten, aber er richtet sich einfach nicht danach. Mit den Krankenhäusern Links der Weser und Bremen-Nord benötigen wir über 2000 Essen. Was das heißt, zeigt eine Küche, die in Wien erstellt worden ist. Das ist eine Cook-and-Chill-Küche für 2700 Essensportionen, von Anfang an geplant, von Anfang an ausgeschrieben, Kostenpunkt: 18 Millionen Euro. Wenn dies auch hier so geplant ist, und die Kostenexplosion lässt es vermuten, dass das hier so geplant ist, frage ich mich: Warum hat man das dann nicht in der Ausschreibung berücksichtigt? Warum mauschelt man hier in Bremen wieder alles hin, macht dieses und jenes? Es ist eigentlich fürchterlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind jetzt bei Kosten von 17 Millionen Euro. Da sind noch nicht die Investitionen eingerechnet, die für die bestehenden Küchen, also die Küchen, die noch übrig bleiben, aufgebracht werden müssen. Ich weiß nicht, wie viele Investitionen noch dazukommen. Es steigt ins Unermessliche. Wir hoffen deshalb, und die Grünen wollen Klarheit haben, dass der mit unserem Antrag angeforderte Bericht dem Parlament Einblick in die Wirtschaftlichkeit, in die Kostenentwicklung, in die Refinanzierung der neuen Zentralküche gibt. Das ist notwendig, denn es sind Steuergelder, die hier eingesetzt werden, und Bremen kann sich einen neuen Klotz am Bein nicht leisten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Küchen beschäftigt uns schon lange. Schon damals im Krankenhausausschuss wurde das Thema Klinikum Bremen-Mitte angegangen. Die Grünen erwarten heute hier einen Bericht zur Kostenentwicklung. Ich kann nur sagen, was da in Ihrer Einführung geschrieben wurde, das ist nicht ganz identisch mit dem, was wir gehört haben. Sie haben auch die Unterlagen aus dem Aufsichtsrat Mitte als Deputierte erhalten. Da sieht man andere Zahlen, und da kann man auch die Chronologie des Ablaufs noch einmal nachvollziehen. Hier gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Demnach gibt es auch unterschiedliche Interpretationen.

Wir als Fraktion der SPD sind der Meinung, man muss den Fragen nachgehen. Wir wollen hier nichts vertuschen. Wir werden die Fragen auch stellen, die Sie in Ihrem Papier genannt haben. Aber uns dauert es bis zum Termin der Februarsitzung 2007 viel zu lange. Man sollte hier auch ehrlich sein, im Februar ist ja schon langsam die heiße Wahlkampfphase, da gibt es natürlich auch einen Hintergrund. Aber wir wollen im Januar in der Deputation genau die Antworten auf diese Fragen haben. Wir werden das noch mit unseren eigenen Fragen ergänzen. Dann werden wir, denke ich, die richtigen Antworten aus der Behörde erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Er war ursprünglich geplant, einen Bau für 7 Millionen Euro hier darzustellen. Im Aufsichtsrat spricht man von 13 Millionen Euro, ich habe noch nichts von 17 Millionen Euro gelesen. Die Fläche wurde angegeben, sie wurde vergrößert, dann gab es städteplanerische Auflagen, die Höhen der Gebäude wurden verändert. Das sind Fragen, die wir uns auch noch einmal genauer ansehen wollen.

Zu beantworten ist auch die Frage, ob dies auch unterlegt ist. Es ist da nur von einem Betrag von 13 Millionen Euro die Rede. Woher haben Sie die Zahlen? Wir sagen, dieser Antrag wird von uns erst einmal abgelehnt, und wir werden in der Deputation diese Fragen genauestens noch einmal analysieren. Ich weiß, das Ressort will uns die Fragen auch beantworten. Ich glaube, es ist sachlich richtig, dass das Ganze in der Deputation behandelt wird. Da können wir tiefer und intensiver herangehen und können unsere Forderungen auch deutlicher stellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir Klarheiten brauchen. Ich schließe mich den Worten von Herrn Brumma an. In der Deputation wird dann hoffentlich schnellstens ein Bericht vorgelegt, und dann werden wir uns weiter damit beschäftigen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wundert es mich nicht, dass Sie den Antrag der Grünen ablehnen, das machen Sie ja meistens. Ich gebe aber einfach einmal zu bedenken: Wenn Sie die von den Grünen hier vorgelegten Fragen in der Deputation beraten, erörtert und beantwortet haben wollen, müsste formal unser Antrag an die Deputation überwiesen werden. Das heißt, Sie wollen jetzt allein die Fragen in der Deputation stellen, sagen zwar, es sollen diese sein, und Sie setzen noch welche hinzu, irgendwie kann ich das aber nicht nachvollziehen.

Wenn Sie, die Große Koalition, in der Deputation für Gesundheit alle Fragen abarbeiten wollen, dann geschieht dies in einem Closed Shop. Die Deputationssitzungen sind nicht öffentlich. Das ist für uns aber ausschlaggebend. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Informationen. Deswegen haben wir gesagt, das ist nur in der Stadtbürgerschaft gewährleistet. Deswegen muss dieser Bericht auch in die Stadtbürgerschaft. Ich habe das Gefühl, Sie wollen die Wahrheit möglichst in der Deputation erfahren, Sie wollen das möglichst in der Deputation erörtern, aber auf keinen Fall in der Öffentlichkeit.

Dann frage ich mich - Sie haben ja auch gesagt, wir müssen irgendwie wieder Ruhe hineinbringen in diese Krankenhäuser -, wo eigentlich Ihre Schmerzgrenze liegt, wie lange Sie dann Ruhe haben wollen und es in den Deputationen beraten werden soll, bevor es in die Öffentlichkeit kommt. Wir haben hier mit Kostensteigerungen zu tun, die wahrscheinlich bei 20 bis 25 Millionen Euro enden.

Ich denke, das ist ein Rad, das man vielleicht noch aufhalten könnte, wenn wir jetzt endlich einmal die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die Refinanzierungen haben und fragen, woher das Geld kommt, wie es gemacht werden soll. Vielleicht

können wir noch ein bisschen etwas zurückdrehen. Sie sind jetzt erst dabei zu bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das will ich doch. Wenn Sie sich überlegen, diese Küche, die in Wien gebaut wurde, hat über 4000 Quadratmeter. Genauso wollen Sie sie im Klinikum Bremen-Mitte schaffen. Wissen Sie, wieviel Fläche das ist? Es sind 21 Tennisfelder! Dann kann man sich vielleicht einmal vorstellen, welche Dimension dieser Bau hat. Ich denke, das wollen wir doch nicht!

Wir wollen zumindest, dass die Gutachten, auf die sich der Senat auch immer bezieht, richtig umgesetzt werden. Er kann nicht immer sagen, er will eine Küche im Klinikum Bremen-Mitte haben. Der Preis sollte ungefähr so bei 8,7 oder 9 Millionen Euro liegen, und jetzt kostet das Ganze schon 10 Millionen Euro mehr. Darüber möchte ich in der Öffentlichkeit diskutieren, da möchte ich wissen, woher das Geld kommt. Ich will den Leuten mitteilen, wer dort Fehler gemacht hat. Wer hat sich denn über den Tisch ziehen lassen? Wer hat die Entscheidungen gefällt, dass das solche Ausmaße angenommen hat? Das muss doch irgendjemand gewesen sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bündnis 90/Die Grünen kann nicht noch einmal einen Untersuchungsausschuss einfordern. Das würde unsere Kapazitäten einfach übersteigen. Das ist auch der Grund, weshalb wir es in die Bürgerschaft gebracht haben, und zwar in der Hoffnung, dass der Senat endlich einmal Antworten gibt, die ordentlich sind. Alle Antworten, die wir bislang bekommen haben, waren auch nur Gemauschel. Es wurde nie gesagt, warum die Ausschreibung nur für das Klinikum Bremen-Mitte und nicht für das große Gebilde erfolgt ist. Es wurde nie gesagt, wie die Kosten überhaupt sind, es wurde immer auf das Altenburg-Gutachten Bezug genommen. Es wurde aber anders gehandelt. Das kann es doch nicht sein. Um dahinterzukommen, brauchen wir diesen Bericht in der Stadtbürgerschaft, nur da und nur in der Öffentlichkeit! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wargalla, wir wollen nichts verheimlichen, wir wollen es in der Deputation sachlich aufklären, welche Unterschiede vorhan-

den sind, und wir wollen uns hier nichts vormachen!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Beschäftigten im Klinikum Bremen-Mitte.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eben!)

Deswegen ist es gefordert, dass wir hier eine ordentliche Sachaufklärung machen und nicht irgendwelche Wahlkampfspielchen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Begründung haben, woher die Kostensteigerungen kommen. Wir haben es auch im Aufsichtsrat nachgefragt. Wir bekommen dort auch Berichte. Von daher sage ich, der richtige Ort ist die Deputation, und wir sollten hier nicht irgendwelche Popanze aufbauen. Sie haben schon wieder Fantasiiezahlen genannt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Senat nennt Fantasiiezahlen! Das ist doch das Problem!)

Sie tragen zur Verunsicherung bei, und deshalb sage ich, die Sache soll in der Deputation sachlich behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/642 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Mit Abschluss dieser Debatte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Tagesordnung für den heutigen Tag beendet. Ich bedanke mich.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen nicht allzu arbeitsreichen Abend.

(Schluss der Sitzung 17.07 Uhr)